

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit "Volk und Zeit" 20 Pfennige

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung / 20
für Anzeigen, Annahme, Zeitungsg.
bestellung und Druckerei 3290

Nr. 103

Dienstag, den 5. Mai 1925

16. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 0,60 Gulden.
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die erste Seite 0,30 Gulden, Re-
klamengruppe 1,50 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenentwürfe in Polen
nach dem Danziger Tarifsystem

Ein Danziger Briand?

Partei Gründungsversuche Wilhelm Rahns.

E. L. Danzig, den 5. Mai 1925.

Einer der bekanntesten aber auch unerfreulichsten Erscheinungen der französischen Politik der letzten Jahrzehnte ist der jetzige französische Minister des Äußeren Aristide Briand. Ein Mann von zweifellos hoher Intelligenz, der gewandteste Parlamentarier, der geschickteste Redner und ein Politiker, dem es gelungen ist, manches geschickliche und diplomatische Werk zu vollbringen, was anderen vor ihm nicht gelungen war. Dennoch, als nach dem Sturz Herriots vor einigen Wochen der Präsident der französischen Republik diesen Briand mit der Kabinettsbildung beauftragen wollte, erklärten die französischen Sozialisten, daß sie unter keinen Umständen einem Kabinett mit Briand an der Spitze ihre Unterstützung geben würden. Sie verfielen auf keinen Fall die politischen Fähigkeiten dieses Mannes. Aber so groß diese auch sein mögen, so groß zum mindesten ist auch seine politische Charakteristika. Bei Briand geht es niemals um eine Partei oder um eine Idee, sondern stets nur um seine Person. Er begann seine politische Laufbahn als radikaler Sozialdemokrat. Als er sich als solcher einen genügenden Namen gemacht hatte, verließ er die Partei um die Jahrhundertwende, weil er durchaus Minister werden wollte. Das ist ihm auch in den späteren Jahren häufig genug gelungen. Er war skrupellos in der Wahl seiner Mittel, um zur Macht zu gelangen. Bringt es ihm persönlichen Vorteil, so kann er heute das verdammen, was er noch gestern angebetet hat. Als Minister und Ministerpräsident war er der brutalste Unterdrücker der Arbeiterbewegung. War er aber gezwungen, wieder in Oppositionsstellung gegen eine andere bürgerliche Regierung zu gehen, so konnte er auch den Radikalen mimen, der durch seine schillernden radikalen Phrasen dann die sachliche und ehrliche Opposition der Sozialdemokratie weit übertrumpfte und damit immerhin wieder viel Volksgenossen betörte, daß er stets wieder zum Deputierten gewählt wurde. Weil dieser Briand, wie selten ein Politiker, nur den einen Grundzweck hat, persönliche Macht und weil er häufig genug hochschalend über die Männer mit seinen politischen Grundgedanken Veltanschauungen und Programmen hinweggeschritten ist, weil ihn der politische Kampf unserer Tage nicht als ein Ringen der verschiedensten Bevölkerungsklassen um die Macht im Staate erscheint, sondern nur als ein willkommenes Mittel zur Befriedigung persönlicher Ehrgeizes, darum lehnte es die Klassenbewegte französische Arbeiterbewegung ab, diesem Mann die Geschicke ihres Landes anzuvertrauen.

In Danzig versucht Wilhelm Rahn Briand zu kopieren. Wie sich dieser bisher nie in einer der großen französischen Parteien wohl fühlte, weil sich diese auf die Dauer eine Diktatur Briands nicht gefallen ließen, so auch Wilhelm Rahn Verhältnis zu den sozialistischen Parteien in Danzig. Sie dienen ihm genau wie Briand immer nur als Sprungbrett für persönliche Macht, das er skrupellos beiseite warf, wenn es seinen Zweck erfüllt hat. Wie er sich einmal Rahns Parteigehörigkeit vor Augen und man gewinnt ein Bild der Vielgestaltigkeit, gegen das selbst der vielfarbige Minister Briand nur wie ein einfarbiger Schmetterling wirkt. Rahn trat nach der Revolution 1918 der Sozialdemokratischen Partei bei. Damit erkannte er auch deren Kriegs- und Revolutionspolitik an. Wenn er die Sozialdemokratie nach einigen Wochen doch verließ und zu den damaligen Unabhängigen übertrat, so nur deshalb, weil man ihm in der S.P.D. kein Mandat für die preussische noch deutsche Nationalversammlung gab. Auf der U.S.P.-Liste wurde er aufgeführt, ohne daß er allerdings gewählt wurde. 1920 ging er mit dem linken Flügel der U.S.P. zu den Kommunisten über, da diese damals die ansichtsreichste Oppositionspartei waren. Aber die Weltrevolution kam nicht und die S.P.D. hatte damit für Rahn ihren Zweck verloren. Die Folge war Austritt aus der S.P.D. und mehrmonatliches Spiel mit einer Fraktion Rahn im Volkstag. Vor den letzten Volkstagswahlen kam Rahn wie ein befehlter Führer zur Sozialdemokratie zurück und wurde als solcher wieder Volkstagsabgeordneter. Damit aber hatte auch die S.P.D. ihren Zweck wieder für ihn erreicht und so verließ er vor einigen Monaten uns zum zweiten und letzten Mal.

Wir hätten diesen Fall Rahn nicht aufs neue angesetzt, wenn Rahn sich nicht in den letzten Wochen bemüht gefühlt hätte, es wieder einmal mit der Gründung einer eigenen Partei zu versuchen. Als er im März die Sozialdemokratische Partei verließ, wurde Rahn von mehreren Mitgliedern der Deutsch-Danziger Volkspartei als der zukünftige Hauptling dieser Hausbesitzerpartei gefeiert. Es gab ja auch eine völlige Übereinstimmung zwischen der Hausbesitzerpartei und Rahn im Kampf gegen das Wohnungsproblem, da sie beide für die Heberhebung der wahren Friedensmiete an die Hauswirte eintraten. Aber diese Ähnlichkeit zwischen beiden ist bei fortschreitendem Frühling anscheinend in die Brüche gegangen. Rahn versucht nunmehr die Gründung einer eigenen Partei. Gätte er sich darauf beschränkt, ein paar Getreue aus dem Kaiser-Café um sich zu sammeln, wir hätten ihm dieses harmlose Vergnügen nicht übel genommen. Hatte es in Deutschland sogar eine Partei des Bundesratspräsidenten gegeben, warum sollten nicht auch einige Leute, die bisher als "Ebel-Anarchisten", "geißliche Kommunisten", "sozialistische Demokraten" (aber beiläufig nicht Sozialdemokraten, das ist zu proletarisch), "Radikal-Positiven" im Kaiser-Café und sonstwo hundenlang debattierten und alles kritisierten, sich Wilhelm Rahn nicht als Führer der Partei der Parteilosen erwählt haben? Wilhelm Rahn nimmt zwar die Vorbildfunktion dieser Café-Kabale gern entgegen; ist im übrigen aber flug genug, um nicht zu wissen, daß diese Leute ihm keine Macht verschaffen können. Die aber braucht er, wenn er im politischen Kampf eine Rolle spielen will.

Den Schemel zu einem neuen Thron für Wilhelm Rahn soll die Danziger Arbeiterbewegung bilden. Notwendig ist in diesem Fall, daß man sich als Sozialist ausgibt. Das geschieht denn auch in einer Sitzung, zu der Rahn heute Getreue in der letzten Woche zusammenberufen hatte, um eine un-

abhängige sozialistische Partei" zu bilden. Bei der Mat-Demonstration wurden Handzettel verteilt, durch welche Rahn die Arbeiterbewegung zur Teilnahme an einer Gründungsversammlung für seine neue Partei einlud. Außerdem wandte man sich in den letzten Tagen an mehrere unserer Abgeordneten im Volkstag, um diese zum Uebertritt in die Partei und vor allem Fraktion Rahn zu gewinnen. Letzteres ist nämlich die Hauptfrage. Ein Mann wie Rahn will sich natürlich nicht damit zufrieden geben, im Volkstag nur die Rolle als "Wild" zu spielen, sondern er will Fraktionsführer sein. Und er hofft, daß er unzufriedene Elemente, die es ja schließlich überall gibt, durch den Klang seines Namens an sich zieht und dann eine riesige Mann starke Fraktion Rahn bilden kann. Gelingt ihm das, so ist die neue Partei, wenigstens bis zu den Wahlen, nicht unbedingt notwendig. Immerhin nimmt man es als Fraktionsführer gern mit, wenn man bei Verhandlungen den Gegner auch auf die hinter einem stehenden Massen außerhalb des Parlamentes hinweisen kann. Die Danziger Arbeiterbewegung aber wird sich zu gut dünken, um als Schemel und Staffage für die Machtgier Wilhelm Rahns zu dienen. Wir haben acht Leidenjahre in der deutschen Arbeiterbewegung hinter uns, die deshalb so bitter waren, weil die einst so einigende deutsche Arbeiterbewegung in mehrere Parteien zerfallen war. Das Gros der deutschen Arbeiterbewegung hat deshalb auch eingesehen, wie sehr es sich selbst durch die Zerplitterung schwächt. Die Vereinigung der S.P.D. und U.S.P. vor drei Jahren war auf diese Erkenntnis zurückzuführen. Überall acht heute die Entwicklung dahin, die Kräfte zu konzentrieren. Selbst die Kommunisten blauen die Einigungsschritte und wollen vorerst ihre Moskauer Gewerkschaften mit der Amerikaner Gewerkschaftsinternationale verschmelzen. Eine der bolschewistischen Größen, Kamenew, erklärt heute sogar die K.P.D. für überflüssig, nachdem die Weltrevolution doch nicht so schnell in Erfüllung gegangen sei, wie man es ursprünglich gedacht habe. Mag dies bei den Kommunisten auch nur ein taktisches Manöver sein, so zeigt es andererseits doch, wie stark der Einigungsgedanke heute die Arbeiterbewegung beherrscht. Und während die K.P.D. und K.A.M. in Danzig das Unternehmertum zum Sturm auf die winzigen Rechte der Arbeiterbewegung sammeln, will Rahn neue Zerplitterung in die Reihen der Arbeiterbewegung tragen. Wir glauben, daß die schwer genug geprüfte Arbeiterbewegung Danzigs Wilhelm Rahn die nötige Antwort auf seine Zerplitterungsversuche geben wird und ihn mit einem Duzend von Querulanten und Kaffeekauspolitikern allein läßt. Es steht für die Danziger Arbeiterbewegung zu viel auf dem Spiele, als daß wir uns hier das Schanzspiel Briand nochmals durch Wilhelm Rahn vorführen lassen.

Bevorstehende Landtagsauflösung in Preußen.

Am Montag fand im Preussischen Landtage eine interfraktionelle Sitzung der drei preussischen Parteien statt, an der auch der Ministerpräsident Otto Braun teilnahm. Es handelte sich um die Vorarbeiten zur Einigungssatzung, die endlich auch in Preußen klare Verhältnisse schaffen und die Zeit der ewigen Regierungskrisen beendet werden müsse. Meist der Regierung bei der Abstimmung am Freitag in der Minderheit, so muß nach einmütiger Auffassung der Ausschussmitglieder die Auflösung des Parlamentes erfolgen. Der preussische Ministerpräsident schloß sich der Auffassung des Ausschusses an und teilte mit, daß der Auflösungsansatz (Ministerpräsident Braun, Land-

Sieg des Linksblocks in Frankreich.

Die Gemeindevahlen brachten sowohl Reaktionen als auch Kommunisten große Verluste.

Nach einer am Montag abend um 7 Uhr vom Ministerium des Innern herausgegebenen amtlichen Statistik hat der erste Wahlgang der Gemeindevahlen in 181 von insgesamt 35 Kreishaupstädten die endgültige Entscheidung gebracht. In 24 Städten ist erst die Stichwahl entscheidend für die endgültige Zusammensetzung des Gemeinderates. In den 181 bereits endgültig gewählten Gemeinderäten haben die absolute Mehrheit errungen: Die Sozialisten in 15 (+ 9), die Republikanischen Sozialisten in 5 (+ 1), die Radikal-Sozialisten in 93 (+ 8), die Radikale Republikaner in 8 (+ 2), die Linksblokkanten in 25 (+ 14), die Nationalrepublikaner in 2 (- 8), die Konservativen in 6 (- 4), die Kommunisten in 0 (0).

Demnach hat das Kartell bereits im ersten Wahlgang in 28 Gemeinden die bisherigen reaktionären und gemäßigten republikanischen Mehrheiten zu verdrängen vermocht. In den größeren Städten, in denen das Kartell bereits im ersten Wahlgang gesiegt hat, gehören Kennes, Clermont-Ferrand, Nanterre, Rochefort und Caen. Einen besonders starken Stimmengewinn haben die Linksparteien in Elsen-Pörlingen erzielt. Da die Parteien dort vielfach den Wahlsieg getrennt gefeiert haben, wird sich dieser Erfolg allerdings erst in der Stichwahl auswirken.

Wenn auch noch immer zahlreiche Ergebnisse der Gemeindevahlen ausstehen und die große Zahl der erforderlichen Stichwahlen noch nicht ermöglicht, das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag ziffermäßig genau zu ermitteln, so steht doch der entscheidende Sieg, den in ganz Frankreich die Parteien der Linken errungen haben, bereits außer Zweifel. Nach einer vorläufigen Statistik haben von den 24 Städten und großen Gemeinden mit dem Sitz einer Fraktion oder Unterfraktion bereits in 15 die Sozialisten, in 1 die republikanischen Sozialisten, in 9 die Radikal-Sozialisten und in 8 die Radikale Linke die Mehrheit. Das macht 118 Gemeinden, in denen sich das Kartell den entscheidenden Einfluß auf die Stimmung der öffentlichen Politik zu sichern vermocht hat gegen 21 Gemeinden, in denen die gemäßigten Republikaner und 16, in denen die Rechte die Mehrheit errungen haben. Auch in Paris selbst ist die Lage für das Kartell weit besser, als nach den ersten Ergebnissen zu erwarten war. In den 20 Bezirken, in denen bereits der erste Wahlgang entscheidend

tagspräsident Bartels und Staatsratspräsident Dr. Abenauer) am Freitag zusammentreten und im gegebenen Falle unverzüglich die Auflösung vornehmen werde.

Amerika und Europas Wiederaufbau.

Eine Diktatur für Hindenburg und Poincaré.

Der amerikanische Botschafter Houghton in London hielt gestern bei einem ihm zu Ehren gegebenen Begrüßungsgeschehen eine Rede, in der er u. a. erklärte: Die hergehenden Beziehungen zwischen den englischsprachigen Völkern seien eine Garantie für eine bessere und glücklichere Welt. Dem Problem des Wiederaufbaues in Europa stehe das amerikanische Volk in einem ähnlichen Geiste wie die europäischen Völker gegenüber. Im letzten Jahre sei bei dem Werke des Wiederaufbaues ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, doch bleibe noch viel zu tun übrig, was eben so schwierig sei, wie das bisher Vollbrachte. Vor allem gehöre dazu eine Änderung der Weltverfassung. Der Frieden könne nicht von außen kommen, er muß von innen kommen. Amerika habe die Folgen, die der Krieg in Europa gehabt habe, mit Anteilnahme und mit dem ehrlichen Wunsch zu helfen betrachtet. Als praktische Leute hätten die Amerikaner ihre Ersparnisse für den Wiederaufbau der europäischen Mächte gegeben, weil sie gemerkt hätten, daß diese Mächte auf andere Weise nicht wieder hergestellt werden könnten. Aber Amerika habe niemals vergessen, daß es Grenzen gibt, über die seine Hilfe nicht hinausgehen könne. Das volle Maß dieser Hilfe kann nur verlangt werden, wenn das amerikanische Volk sicher sei, daß die Zeit der Zerstückelungsmethoden in der Politik vorüber ist und die Zeit für einen friedlichen Aufbau gekommen sei. Das amerikanische Volk fragt sich, ob diese Zeit tatsächlich gekommen sei. Die Antwort müsse aus Europa kommen. Wenn sie auf Frieden laute, könne man sicher sein, daß Amerika mit äußerster Großzügigkeit helfen werde. Wenn sie aber weiterhin unklar und zweideutig sei, dann fürchte er, daß die gegenwärtigen Hilfsmassnahmen unvermeidlich aufhören müßten. Er denke hierbei nicht an eine bestimmte Nation, sondern an eine Lage, in der alle in gleicher Weise beteiligt seien. Amerika wünsche sich nicht in die Einzelheiten der Durchführung dieses Problems einzumischen, da keine geographische Lage es davon befreie.

Völkerbund und Garantiepakt.

Im englischen Parlament richtete der liberale Abgeordnete Captain Redwood Herrn an Chamberlain die Frage, ob die Absicht bestehe, den Garantiepakt vor seiner endgültigen Annahme dem Völkerbundsrat zur Prüfung an unterbreiten, ob der Pakt gemäß Artikel 18 der Völkerbundsstatuten im Sekretariat des Völkerbundes eingetragene und veröffentlicht werde und ob in dem Pakt Vorträge getroffen werde, die darin enthaltenen Garantieverpflichtungen erst in Kraft treten werden, nachdem der Völkerbundsrat oder eine andere unparteiische Körperschaft des Völkerbundes entschieden hat, welche Partei in irgendwelchen etwa vorkommenden Streitigkeiten des Angriffs schuldig ist. Chamberlain antwortete: Es sei die Absicht der britischen Regierung, sich in diesem Falle wie in anderen Fällen strikte an die Vorschriften des Artikels 18 der Völkerbundsstatuten zu halten.

war, hat zwar der Nationale Bloch seinen bisherigen Bestand zu behaupten und 39 Kandidaten auf den den verschiedenen reaktionären und gemäßigten Gruppen gehörenden Sitzen gegen 8 Mitglieder des Kartells und 2 Kommunisten durchzubringen vermocht. Dagegen stehen die Kandidaten der Linksparteien für die Stichwahl durchweg sehr günstig, so daß auch für Paris, das von jeher eine Hochburg der Reaktion gewesen ist, eine nicht unbeträchtliche Verschiebung nach links zu erwarten ist.

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse des Sonntags ist neben der Niederlage der Reaktion die Massenflucht der Arbeiterbewegung aus den Reihen der Kommunisten, die eine neue vernichtende Schlappe erlitten haben. In Paris sind ihre Stimmen von 131 386 am 11. Mai 1924 auf 96 739 zurückgegangen, während die sozialistische Liste mit 117 227 auf 200 000 neue Anhänger gewonnen hat. Noch empfindlicher ist die Niederlage der Kommunisten in den Orten der Pariser Banneville. Dort hatten sie bei den Kommunalwahlen des vergangenen Jahres nicht unbeträchtliche Stimmenerfolge zu erzielen vermocht, auf Grund derer sie sich an der Hoffnung berechtigt glaubten, den größten Teil der weiten von Arbeitern und Angehörigen bewohnten Gemeinden der nächsten Umgebung der Hauptstadt zu erobern. Seit Wochen hatte die "Humanität" damit gepöhlert, daß die Kommunistische Partei die Gemeindevahlungen umgeben "Kartell" kommunistischer Gemeindevahlungen umgeben werde. Von Roskau war, was die intensive Aktivität der Kommunisten verraten hat, mit Geld und Propagandamaterial nicht verspart worden. Aber der erhoffte Erfolg ist ausgeblieben, und auch in der Pariser Banneville haben die Kommunisten einen klaren Rückschlag an Stimmen zu verzeichnen, der ausschließlich dem Kartell und insbesondere den sozialistischen Kandidaten zugute gekommen ist. Der "Paris Soir" mag nicht ganz Unrecht haben, wenn er diese neue schwere Niederlage des Kommunismus zu einem Teil auf die Wahlhilfe zurückführt, die die deutschen Kommunisten bei der Präsidentenwahl dem Kandidaten der Reaktion und des Militarismus geleistet haben, und als eine der ernstlichsten Ergebnisse der Wahl die Tatsache blickt, daß man in den Kreisen der französischen Arbeiterbewegung sich abregreifen beginnt, daß der Kommunismus, sei es aus Dummheit oder vollkommener Berechnung, der gefährlichste Bundesgenosse der Reaktion ist.

Friedensgegnung.

Von Kurt Großmann.

Die Nationalisten aller Länder werfen sich gegenseitig die Kriegsgewinnung vor und behaupten stets, sie müßten sich vor den anderen zu schützen suchen. Internationale Bindungen, wie sie der Sicherheitspakt und die Schiedsgerichtsverträge mit sich bringen, wollen sie nicht anerkennen. Sie sehen auch nicht, daß dieses Vorgehen zu einer Katastrophe für sie selbst führen muß. Jedweder pazifistischer Aufruf hinaus — insbesondere die deutschen Nationalisten zeigen uns dies — dem Gegner eine Kriegsgewinnung unterzuziehen. Die Beweise einer Friedensgegnung werden unterdrückt.

Ein eklatanter Fall hat sich in den letzten Monaten ereignet und ist meines Erachtens von der pazifistischen und sozialistischen Presse auch zu wenig beachtet worden. Es handelt sich um die Errichtung eines Friedensdenkmals in Frankreich, worüber die „Friedenswarte“ Heft 3, wie nachfolgend, berichtet:

Unter dem Ehrenvorsitzenden der Herren Serriot, Ministerpräsidenten Vainel, Präsidenten der Kammer, Leon Bourgeois, des ehemaligen Delegierten zum Völkerbund, Ferdinand Buisson, des Vorsitzenden der Liga für Menschenrechte, Paul Appell, Rektors der Pariser Universität, Paul Bencour und Leon Blum Mitglieder der Vereinigten Sozialistischen Partei, Leon Roubaux, des Sekretärs des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Albert Thomas, des Erministers, sowie unter der Geschäftsführung des Herrn Frédéric Brunet, des ehemaligen Vorsitzenden des Generalrates der Seine, hat sich in Paris ein Komitee gebildet, das ein Denkmal für den Frieden und die Völkerverständigung errichten will.

Das Komitee plant die Errichtung eines Denkmals auf einem der Kriegsschlachtfelder, da, wo die Schlacht am schättesten tobt, mit der Erlaubnis der französischen Regierung und unter Mithilfe aller Völker. Die französischen pazifistischen Organisationen haben bereits ihren Beitrag erklärt. Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Vereinigte Sozialistische Partei, die Französische Sozialistische Partei, die Französische Radikale Partei, die Partei republikanischer Sozialisten, die Radikale Partei, die französische Gruppe der Liga für Menschenrechte, der Nationalverband republikanischer Kämpfer, die Liga für Menschenrechte, der Allfrensch-Union für die im Kriege betroffenen Gebiete, der dauernde Ausschuss französischer Friedensgesellschaften, die katholische republikanische Jugendliga haben die Zusage für gekommen, ein einziges Symbol zum Ausdruck der Sehnsucht nach einer verbrüderteren Menschheit zu schaffen.

Nur in der Welt am Sonntag habe am 9. Februar Beschlüsse über die Errichtung eines Denkmals für den Frieden. Die Denkmalskommission hat ein einziges, leidenschaftliches Bekenntnis gegen den Krieg. Diese armen, blutigen und schändlichen Gewohnheiten, ein einziges bescheidenes Denkmal für den Pazifismus, diese Vereinnahmung von Idealismus und Nichts-politik!

Auf diese unzweideutige Friedensdemonstration des französischen Volkes hat am 9. April das deutsche Volk mit der Wahl Hindenburgs geantwortet. Es hieß, den Kopf in den Sand stecken, wenn man diese Tatsache nur darum, weil sie einmal geschehen ist, übergehen wollte.

Der Name Hindenburg in sein Amt als einer Friedensgegnung — mer das heute beweisen möchte, besäße sich nicht nur den Krieg, sondern auch die Kriegsschuldigen geschickt. Zwei Szenen aus diesem 90. Jahre hatten sich gerade vor dem Auge des Betrachters abgezeichnet. Es sind die Szenen vom Schlage Hitler und Konstantin, die sich nicht nur den Augen nicht ausmalen können, aber die auch nicht den Vergangenen in allen seinen Zusammenhängen kennengelernt haben!

Der Oberster, Karl Kraus, hat Ende 1922 ein Buch herausgegeben, heißt „Die Ikeria Tage der Welt“. Mit grandioser Kraft und unerbittlicher Sachheit hat er nicht nur den Krieg, sondern auch die Kriegsschuldigen geschickt. Zwei Szenen aus diesem 90. Jahre hatten sich gerade vor dem Auge des Betrachters abgezeichnet. Es sind die Szenen vom Schlage Hitler und Konstantin, die sich nicht nur den Augen nicht ausmalen können, aber die auch nicht den Vergangenen in allen seinen Zusammenhängen kennengelernt haben!

Es kann gar nicht oft genug an die Auswüchse des Militarismus erinnert und jeder Schamane geschichtswissenschaftler, wie sie in dem Plan der französischen Pazifisten zum

Ausdruck kommt. Hier das bewährte, bewährte Gesicht des Militarismus, dort der edle und reine Sinn schranken und wahren Menschentums. Man muß das Volk vor die Alternative stellen, zwischen diesen beiden Geistesrichtungen zu wählen. Im Ernstfall würde die Entscheidung für die von uns vertretene Weltanschauung ausfallen, aber dann ist es meistens zu spät. Ist die Kurie einmal entseelt, so ist ihr Sockel schwer zu hemmen. Darauf es ankommt: man muß sie vernichten! Und so gilt es, auch jetzt für die Verbreitung der Friedensgegnung zu kämpfen und keine falschen Rücksichten auf den Präsidenten der Republik nehmen. Unsere Nationalisten haben, wie es der jüngste Magdeburger Prozeß beweisen hat, auf den ihnen verhassten Oberst nicht einmal die selbstverständlichen menschlichen Rücksichten genommen. Wir sind berechtigt, gegen den Hindenburggeist anzukämpfen, weil wir das Interesse unseres Volkes und der Völker um uns im Auge haben, während es unsern Gegnern nur um die Interessen ihrer kleinen Clique geht!

Die polnischen Zollverhandlungen.

Schwierigkeiten für Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Die polnische Regierung hat am 20. April eine neue Verordnung über Zollnachlässe (Zollvergünstigungen) veröffentlicht, welche am 21. April in Kraft getreten ist. Diese Verordnung enthält, wie dieses auch in den früheren Verordnungen über Zollnachlässe der Fall war, für eine große Anzahl von Waren (über 80 Positionen des polnischen Zolltarifs) eine Herabsetzung um 10-20 Prozent der sonst üblicherweise wirkenden polnischen Einfuhrzölle für diese Waren. Im Gegensatz zu den früheren Verordnungen enthält aber die neue eine Bestimmung, nach welcher die erwähnten Zollnachlässe nur auf Waren solcher Länder angewendet werden dürfen, welche ein Handelsabkommen mit Polen unterzeichnet, wenn auch noch nicht ratifiziert haben. Diese Sonderbestimmung soll am 1. Mai in Kraft treten. Polen hat mit allen wichtigeren Industriestaaten, mit nahezu einziger Ausnahme von Deutschland, Handelsverträge bereits abgeschlossen. Mit einigem A. B. der Fischölswalerei, erst kürzlich unterzeichnet. Die neue Verordnung bedeutet daher eine schwerere Belastung für viele Zweige der deutschen Industrie nach Polen. Für manche kommt sie einer völligen Verhinderung gleich. Eine gewisse Milderung erfährt die Verordnung dadurch, daß die bis zum 31. April gewährten Zollnachlässe noch bis 31. Juni einschließlich Gültigkeit behalten. In das auch deutsche Waren, sofern der Zollnachlaß bis zum 31. April beantragt und genehmigt worden ist, noch zwei Monate lang zu ermahnen. Dieser einseitige Vorzug ist eine gewisse Verzerrung der Handelsverhältnisse für die deutsch-polnischen Handelsverhältnisse. Die polnische Regierung hat jedoch die Verordnung bekannt gemacht, die polnische Delegation auf die ersten beiden Verhandlungen, welche eine derartige viele wichtige Handelsverträge für den Gang der Verhandlungen haben würde. Nach Mittelamerika, welche der deutschen Delegation aus Paris zugesagt sind, kann angenommen werden, daß die polnische Regierung bereit ist, die erwähnte Verordnung im Hinblick auf die schwebenden deutsch-polnischen Handelsverhältnisse abzuändern und damit die ungeschickte Forderung der Handelsvertragsverhandlungen zu erwidern.

Die Schlußfeier bekräftigt die Würde der Rheinlandkommission.

Unter dieser Überschrift wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Köln am 21. April geschrieben: Die Rheinlandkommission des Reichstages, sämtliche Verhandlungen und Angelegenheiten unter freiem Himmel anlässlich der Jahreshauptversammlung der Rheinlandkommission begründet dieses Verbot damit, daß solche Verhandlungen unter freiem Himmel die Würde der Rheinlandkommission beeinträchtigen und die Sicherheit der Verhandlungsbesitzer gefährden. Unter das Verbot fallen Verhandlungen, welche Verhandlungen an öffentlichen Punkten, wie zum Beispiel die Abschlussfeier am deutschen Eck gelegentlich des Reichstages am 21. Juni in Köln. Die Deutsche Tageszeitung bringt diese Forderung ohne jeden Zusatz bis auf das bedauerliche Ausmaß, welches sie in Köln

Es kann wohl kein Zweifel sein, daß sich Deutschland unter dem Regime Hindenburgs, des Reichs, welche Verhandlungen nicht mehr schalten lassen wird. Denn nach dem Vorgang der Anhänger des Reichstages hat inzwischen eine neue Zeit der nationalen Ehre begonnen, die mit allen Deutschen durch die Einheit des Volkes, Hindenburg und seine Anhänger lassen sich solche Dinge, wie sie der Krieg und Krieg möglich waren, selbstverständlich nicht mehr

fallen. Wir sehen seiner kühnen Abwehr mit Spannung entgegen, aber wird sich Hindenburg diese „Demütigung“ gefallen lassen? Warum denn in früheren Jahren das Geschrei der Schwarz-weiß-roten gegen die unnationalen vermeintlichen Republikaner?

Internationale Konferenz.

Kontrolle der entmilitarisierten Zonen.

Die „Rheinische Zeitung“ meldet: Die Interparlamentarische Union, eine Vereinigung von Parlamentariern aller Länder, wird auf ihrem diesjährigen Kongreß, der im Herbst in Washington tagen wird, auch die Frage der entmilitarisierten Zone behandeln, ein Problem, das insbesondere für die deutschen Rheinlande von ungeheurer Bedeutung ist. Zur Vorbereitung tritt am 1. Mai in Luxemburg die autonome Interparlamentarische Kommission der Union zusammen, in der für Deutschland Prof. Dr. Luidde und die Abgeordneten Dr. Gildemeister und Söllmann vertreten sind. Die deutsche Gruppe lehnt einmütig die bekannten Vorschläge des bekannten Generalis Spears ab, der dauernde Völkerbundsfontingente in die entmilitarisierte Zone am Rhein legen will. Spears selbst ist mit der einseitigen Zurückstellung seiner Pläne einverstanden. Da in Luxemburg einflussreiche Außenpolitiker aus der Siegerstaaten vertreten sein werden, dürften die Richtlinien, auf die man sich einigen wird, für die schwierige Frage der Kontrolle entmilitarisierten Zonen von Bedeutung sein.

Das amtliche Endergebnis der Reichspräsidentenwahl.

Nach der Berechnung des Reichswahlleiters stellt sich das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April wie folgt: Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste 38 930 298, Zahl der abgegebenen Stimmzettel 493 357, Zahl der Stimmberechtigten zusammen 38 436 941, Zahl der ungültigen Stimmen 216 041, Zahl der gültigen Stimmen 38 220 900. Davon sind entfallen auf:

Stubenburg	14 655 786
Marr	13 751 615
Hilsmann	1 031 151
scripittert	13 416

Für Auflösung der kommunistischen Partei?

Ramenew's Resignation.

In der „Pravda“ ist ein längerer Artikel Ramenew's erschienen, in dem es in bezug auf die auswärtige Lage Sowjetrusslands heißt: „Es hat sich auf der letzten Session der kommunistischen Internationale, welche die Weltlage prüfte herausgestellt, daß eine Periode der Stabilisierung des Kapitalismus als notwendig angesehen werden muß. Diese Stabilisierung und Erhaltung des Kapitalismus entzieht dadurch das überall die Reaktionen und Rechten liegen: in England haben die konservativen Macdonalds befehlen, in Frankreich das Kabinett Seriot schließt.“

Als Frage dieser Symptome machte sich in der Partei eine große Niedergeschlagenheit bemerkbar, welche sogar so weit geht, daß man offen von einer notwendigen wachsenden Auflösung der Partei und Liquidation der gesamten Sache spricht. Die Vertreter einer solchen Auffassung sagen sich: Wenn die Weltrevolution nicht schon morgen erfolgt, wenn der Kapitalismus sich als lebensfähiger erweist, als wir annehmen, so ist es besser, daß wir alle unsere revolutionären Lösungen und revolutionäre Arbeit einstellen.“

Ramenew führt aus, daß keine Hoffnung auf das schnelle Eintreten einer Weltrevolution vorhanden ist; er geht aber in seinem Pessimismus noch weiter und sagt, daß es schon dahin gekommen sei, daß der Kommunismus sich verhedden und im Geheimen arbeiten muß. Natürlich, jetzt er hinan, werden wir, wenn man uns auch in eine noch so beschränkte, aber keine Tätigkeit zwingen wird, es doch nicht unterlassen, der Arbeiterklasse das Verständnis für die Revolution klarzumachen.

Der 12. Gewerkschaftskongreß.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, wird der in diesem Jahre fallige Kongreß der freien Gewerkschaften im August in Breslau abgehalten werden, und zwar entweder vor der Breslauer Herbstmesse oder im Anschluß daran.

Antiker hat einen Schlaganfall erlitten. Jwan Antiker hat in der Berliner Charité, in der er sich seit einer Woche befindet, am Sonnabend einen Schlaganfall erlitten. Der Antiker hat sich wohl im Laufe des vorigen Tages gebessert, jedoch soll noch immer Lebensgefahr bestehen.

Sachsisch als Kultusminister.

Von Ministerialrat Wenzel.

Als Konrad Haack in den Novembertagen 1918 zum Reichspräsidenten gewählt wurde, war er im Lager der Nationalisten ein großer Name. Schon während seiner Amtszeit als Reichspräsident über den Reichstag für seine Partei das Wort geführt und sich nicht ohne Erfolg bemüht, den Reichstag in die Richtung der Nationalisten zu lenken, während Adolf Hitler das gesamte Schicksal und die künftige Entwicklung vermittelte.

Fast auf dem Höhepunkt der Reichspräsidentenwahl wurde Haack als Reichspräsident gewählt. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten.

Als Haack Reichspräsident wurde und nach der Bildung des ersten Reichspräsidentenrat wurde Haack als Reichspräsident gewählt. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten.

Erst nach dem Reichspräsidentenwahl wurde Haack als Reichspräsident gewählt. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten.

Als Haack Reichspräsident wurde und nach der Bildung des ersten Reichspräsidentenrat wurde Haack als Reichspräsident gewählt. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten.

Als Haack Reichspräsident wurde und nach der Bildung des ersten Reichspräsidentenrat wurde Haack als Reichspräsident gewählt. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten. Er trat zunächst für die Nationalisten ein, die die Nationalisten in die Reichspräsidentenwahl führten.

Das deutsche Bildungsweien in der Ukraine. Die Politik des Entgegenkommens gegenüber den einzelnen Nationalitäten, welche das Gebiet des Sowjetbundes bewohnt, gebührt auch zum Programm der ukrainischen Sowjetregierung. Der Sowjet der nationalen Minderheiten beim ukrainischen Bildungsministerium hat im laufenden Schuljahr eine ganze Reihe von Beschränkungen für die Minderheiten und zwar mit deutscher, bulgarischer, polnischer, und jiddischer Unterrichtsverbände erlassen. Für die Deutschen der Ukraine ist es von Bedeutung, daß bei der Volkshochschulausbildung in Odessa eine besondere deutsche Abteilung gegründet worden ist. In dem Schuljahr der nationalen Minderheiten in der Ukraine gebildet gegen 1500 Schüler verschiedener Art.

Freiwillige Journalisten. Bei der Verteilung der von Putzer geschickten Preise für literarische und journalistische Leistungen, die jetzt in New York für das Jahr 1924 feststehen, hat, erhielten zwei junge Reporter der „Chicago Daily News“ jeder einen Preis von 100 Dollar wegen ihrer Verdienste. Sie durch ihre Berichterstattung in dem Nordprozeß gegen die beiden Willingdonsche Zwillinge und sich zur Aufklärung des Verbrechens sich erworben haben. Drei hervorragende Schüler der „Schule für Journalismus“ erhielten jeder 1500 Dollar an Studienreisen nach Europa.

Antiker in Italien. In der Turiner Ausstellung letzten Jahres, deren ein eigener Saal verweigert worden war, eine Protektion der Nationalisten, die zu dramatischen Ausstellungen führte. Die Nationalisten verteilten im Substitut Antiker, welche sie zum als einen Saufen von Panamen und Kamerunen Grandmarke, deren einziges Beispiel bei den Nationalisten den Weg zur Staatsbankrott zu verlegen. Die Nationalisten, die zahlreich zur Verlesung des Ministeriums erwidern waren, wurden schließlich erwidert. Zum und Direction der Ausstellung durch Antiker in die Reichweite finanziellen. Hiebald entstand ein großes Fundamentum, wo beide Parteien, Nationalisten und Sozialisten, rasend übereinander herfielen. Der Verlust machte diesem Antikerkampf ein Ende, indem sie die Nationalisten der Nationalisten verhaftete.

Eine Volkshochschule in Erfurt. Die Volkshochschule Erfurt vertritt seitdem gemeinsam mit der Volkshochschule Jena in der Provinz eine „Volkshochschulgruppe“, in der die beiden kulturellen und literarischen Zentren der Stadt Erfurt behandelt werden sollen. Das Thema lautet: Deutsche Sozialkultur vom Mittelalter bis zur Gegenwart, und die ganze Entwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart der modernen Industrie wird an dem Beispiel dieser Stadt gezeigt.

Danziger Nachrichten

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Stargard.

Das Ergebnis der polnischen Untersuchung.

Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig schreibt uns: Die verhängnisvolle Eisenbahnkatastrophe bei Stargard, in Kilometer 403,3/4 der Eisenbahnlinie Dirschau-Könitz, wird von einigen Danziger Tagesblättern zum Gegenstand von Zeitungsartikeln und Korrespondenzen gemacht, die in so mancher Beziehung geeignet sind, die öffentliche Meinung irreführen, weil sie den tatsächlichen Sachverhalt nicht wahrheitsgetreu darstellen, ja sogar erdichtete Schilderungen enthalten.

Vor Abschluss der eingeleiteten eingehenden Erhebungen war es der Eisenbahnverwaltung nicht möglich, richtigstellend einzugreifen, weil sie es als gänzlich unzulässig erachtete, den Ergebnissen der amtlichen Untersuchungen vorzugreifen. Da nunmehr die seit dem 1. Mai d. J. durch Vertreter der Gerichts-, Polizei- und Verwaltungsbehörden, ferner durch eine speziell zu diesem Zwecke gebildete eisenbahnministerielle Kommission an der Unfallstelle gefolgten Erhebungen abgeschlossen sind, erachtet die Staatsbahndirektion es für ihre Pflicht, das Ergebnis der durchgeführten Erhebungen bekannt zu geben: Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die verhängnisvolle Entgleisung des Transitzugnummers Nr. 907 in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai d. J. das Werk eines wohl-durchdachten verbrecherischen Anschlages war, der darin bestand, daß zurzeit noch nicht ermittelte Täter die Verbindung der beiden Schienenstränge des rechtsseitigen Gleises Swaroschin-Stargard durch Beilegung aller vier Kupplungs-laschen des Schienenstokes in Kilometer 403,370 unterbrochen und sodann der lose gewordenen, gegen Swaroschin zu liegenden Teil dieses Gleises mittels einer gewöhnlichen Wagenwinde und eines hölzernen Zwischenstückes, die sie einerseits an die rechte Schiene des linken Gleises und andererseits an die linke Schiene des rechten Gleises anlehnten, um zirka 8 Zentimeter aus seiner ursprünglichen Lage gegen die Dammböschung hinausgerückt hatten.

Das nun der mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 80 Kilometer herantretende Schnellzug an dieser außer-geordneten Gleisstelle entgleisen mußte, ist ohne weiteres einleuchtend.

Die zu dieser verbrecherischen Handlung benutzte Wagenwinde ist in dem benachbarten Jungwalde unter trockenem Grafe und Kiefernästen verdeckt ermittelt worden. In-weit davon lagen drei der beteiligten vier Kupplungslaschen, ferner einige der zugehörigen Kupplungsschrauben und auch das zur Hinausrückung des Gleises benutzte hölzerne Zwischenstück.

Die Erhebungen haben ferner ergeben, daß die be-treffende Winde sowie das hölzerne Zwischenstück aus einem benachbarten Gutshofe entnommen wurden.

Eine jede mit der vorstehenden Darstellung nicht im Ein-klänge stehende Angabe über die Ursachen der Katastrophe ist erdichtet. Insbesondere gehören Erzählungen von schlechter Beschaffenheit des Bahndammes, morschem Zu-stande der Bahnstrecken, angeblichen Klagen des Lokomotiv-personals über schlechte Lage des Oberbaues, ja sogar Weige-rung der Lokomotivführer, diese Strecke zu befahren, in das Gebiet böswilliger Erfindungen.

Soweit die polnische Eisenbahnverwaltung, die ein großes Interesse daran hat, die Katastrophe auf einen verbreche-rischen Anschlag zurückzuführen, da dies für die Entschädi-gungsansprüche von erheblicher Bedeutung ist. Ein Attentat liegt im Bereich der Möglichkeit; aber ebenso gut ist es möglich, daß die Nichtinstandhaltung der Gleisanlagen die Ursache des Unfalls war.

Bei dem Stargarder Eisenbahnunfall sind 29 Personen ums Leben gekommen, deren Identifizierung nunmehr er-folgt ist. Die Dienstherrin Martha Kuschor aus Schneidemühl ist die bisher noch unbekannteste. Von den Schwere-verletzten ist noch Professor Max Hündel aus Gding und Kaufmann Segor aus Miga in Dirschau im Krankenhaus ge-storben. Im Dirschauer Krankenhaus befinden sich noch zwei verletzte Frauen und vier Männer, darunter der polnische Lokomotivführer.

Polen will nicht Entschädigungen zahlen. Von ganz besonderer Bedeutung scheint die Unterredung des polnischen Eisenbahnministers Oberhardt mit einem polnischen Journalisten zu sein, in der der Minister in ganz krasser Form seine Stellung zur Schuldfrage der Eisen-bahnverwaltung zu erkennen gibt. Der Minister betont, daß für ihn die Ursache des Attentats ungewiss sei. Man habe keine Zeugnisse, z. B. eine Winde französischer Herkunft im Walde verdeckt gefunden, die zur Führung der Schienen benutzt wären. Die deutschen anderslautenden Erklärungen bezeichnet der Minister als Propaganda. Besonders wich-tig erscheint es aber, daß der Minister zum Schluß seiner Ausführungen erklärt: In diesem Falle habe eine höhere Gewalt als das Unwettergewalt und daher sei man zur Zah-lung von Entschädigungen nicht verpflichtet. Sollte daher die Attentatsklärung kommen?

30 Prozent Fahrpreiserhöhung.

Ein in den Tagen des 30. Juni, 1. oder 2. Juli mit 30 Prozent Preiserhöhung abzulaufender Sonderzug nach dem Rhein kann von der Reichsbahndirektion nur dann ge-plant werden, wenn seitens des Antragstellers der Verkauf von mindestens 30 Karten 3. Klasse garantiert wird. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt von Kö-nigsberg über Berlin-Dammer-Eisen-Düsseldorf-Köln unter Einrechnung der am 1. Mai eintretenden allgemeinen Preiserhöhung von 10 Prozent beträgt 59 Mark, wobei die Rückfahrt mit dem Sonderzug angetreten werden darf, die Hin- und Rückfahrt mit jedem beliebigen D-Zug innerhalb zweier Monaten erfolgen kann. Kinder unter vier Jahren frei, für Kinder unter zehn Jahren ist nur die Hälfte des obigen Fahrpreises zu entrichten.

Abbruch der Schienen des Hochspannungsleitungs.

Die Danziger, die sich an dieser Fahrt beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich bei dem Vorsitzenden des Rhein-ländervereins, Herrn Schleifing, Danzig, Hansplatz 1, anzumelden. Bei genügender Teilnahme wird ein Sonderzug für die Danziger beantragt, anderenfalls werden sie für den Sappenzug von Marienburg abgemeldet.

Abbruch der Schienen des Hochspannungsleitungs.

Die Hochspannungsleitung der Schienenwerkstatt Kölln-Danzig ist nunmehr auf der Strecke Christianshof bei Schöbitz, und zwar da, wo die Leitung die Schiene nach Kölln über-quert, bis zur Schienenwerkstatt abmontiert worden. Die Auf-

Protest der Danziger Eisenbahner.

In einer Protestversammlung hatten gestern nachmittag die drei Verbände der Eisenbahner, die Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter im Gebiet der Freien Stadt Danzig, der deutsche Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Danzig und die Gewerkschaft christlicher Eisenbahnbeamten aufgerufen. Die Versammlung fand im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, statt und richtete sich gegen sieben von dem polnischen Eisenbahnerverband anlässlich seiner Delegierten-Versammlung und Fahnenweihe am 19. und 20. April gestellten Forderungen. Die For-derungen der polnischen Berufsorganisation, die in der Öffentlichkeit bereits lebhaften Widerspruch heraufzorder-ten, dürften unseren Lesern noch in Erinnerung sein. Sie verlangten unter anderem, daß bei allen Leitern im Gebiet des Freistaates mindestens die Hälfte polnischer Beamten amtierten, in leitenden Stellen sogar nur Polen, und daß in den Prüfungskommissionen mindestens zur Hälfte Polen seien.

Der Versammlungsleiter Zwada gedachte zuerst der Opfer der Stargarder Eisenbahnkatastrophe, zu deren Ehre sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. In seinen ausführlichen Referat befaßte er sich dann mit den pol-nischen Forderungen. Diese ständen im Widerspruch zu dem Pariser Friedensvertrag, der Danzig-polnischen Eisenbahnkonvention, dem deutschen Beamtenabkommen und den Entschädigungen des Hohen Kommissars des Völker-bundes, nach denen polnische Eisenbahner nur dann ein-gestellt werden dürfen, wenn Danziger nicht in genügender Maße vorhanden sind. Bei Neubeschaffung von Dienststellen sollen in erster Linie die Angehörigen der Danziger Eisen-bahner, die sich dem gleichen Berufe widmen wollen, Berücksichtigung finden. Dies öfteren hätten die leitenden Beamten der polnischen Staatsbahn die Danziger Eisenbahner ihrer gewissenhaften Pflichterfüllung und ihres loyalen Verhal-ten wegen gelobt, jedoch verümt, ihren Pflichten gegen-über den Danziger Eisenbahner in jedem Falle nachzu-kommen.

Im Hand von Zahlen bewies der Redner, daß bei Neu-einstellungen, Ernennungen und Beförderungen polnische Beamte dem Danziger weit über das zulässige Maß hinaus vorgezogen werden, während bei Entlassungen fast nur Danziger in Frage kämen. Trotzdem die Staatsprache im Freistaat Deutsch ist, verlange die Staatsbahndirektion von jedem Beamten und Arbeiter die Beherrschung der Pol-nischen, ungeachtet dessen, daß die meisten Eisenbahnbedien-ten mit dem Publikum gar nicht in Berührung kommen. Die Danziger Eisenbahner hätten sich nie dagegen geäußert, polnisch zu lernen, ja sogar selbst Sprachkurse eingerichtet, sie müßten jedoch gegen das rücksichtslose Vorgehen der Staatsbahndirektion sich mit allen Mitteln wehren.

Die Forderungen der polnischen Berufsorganisationen seien in Gegenwart höchster polnischer Eisenbahnbeamter gestellt worden. Diese hätten die Unterstützung seitens der Staatsbahndirektion zugesagt. Man sehe hieraus also, daß man es nicht etwa nur mit dem kleinen Stücken des pol-nischen Eisenbahnerverbandes, sondern mit der Staatsbahn-direktion selbst zu tun habe. Deshalb sei härterer Protest gegen alle Uebergriffe seitens der polnischen Kollegen und Vorgesetzten notwendig.

Die Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Danzig, Gen. Roggenbuck, und der christ-lichen Gewerkschaften, Klein äußerten sich im gleichen Sinne.

Im Antrage des Präsidenten der Eisenbahndirektion ergriß hierauf Eisenbahnratsrat Bironski, das Wort. Er erklärte zunächst, daß die Staatsbahndirektion auf die Forderungen der polnischen Berufsorganisationen keinen Ein-fluß ausüben könne. In den Forderungen selbst hätte die Direktion selbst noch keine Stellung genommen, da man

diese erst am 2. Mai zur Kenntnis genommen hätte, jedoch würde diese Stellungnahme nur streng im Rah-men der bestehenden Verträge erfolgen. Es liege für die Danziger Beamten kein Grund zur Beun-ruhigung vor. Alle ihre Wünsche würden seitens der Eisen-bahndirektion mit der gleichen Sachlichkeit, die den polnischen Forderungen gegenüber angewendet würden, geprüft, das beweise der Umstand, daß bisher kein größerer Streitfall zwischen dem Senat und der Direktion zu lächlichen ge-wesen sei.

Nachdem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Danziger Beamtenbundes und der deutschliberalen Fraktion des Volkstages den Eisenbahner ihre Unter-stützung zugesichert hatten, und nach einem kurzen Schlus-swort des Versammlungsleiters nahmen die versammelten Eisenbahner gegen eine Stimme folgende Entschiedenheit an: Für die Tätigkeit der Eisenbahnbediensteten bei der pol-nischen Eisenbahnverwaltung im Gebiete der Freien Stadt Danzig finden insbesondere die Entschädigungen des Hohen Kommissars vom 15. August und 5. September 1921 und das Beamtenabkommen vom 22. Oktober 1921 ihre Grund-lage. Die polnischen Berufsorganisationen haben am 19. April 1925 in Anwesenheit der Vertreter der Staats-bahndirektion eine Entschließung mit sieben Forderungen angenommen, die den Entschädigungen des Hohen Kommissars und dem Beamtenabkommen entgegensteht.

Die heute versammelten Danziger Eisenbahnbediensteten (Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter) der drei Dan-ziger Eisenbahner-Organisationen — Gehad, D.E.B. und G.D.G. — erheben gegen diese widersprüchlichen Forderungen Einspruch. Sie bedauern, daß die Vertreter der Staats-bahndirektion die Mitglieder der polnischen Berufsorganisa-tionen von dem richtigen Sachverhalte nicht unterrichtet haben, ja sie sogar bei der Durchführung ihrer Forderungen zu unterfassen beabsichtigen.

Wir sind ferner der festen Ueberzeugung, daß auch die Vertreter der polnischen Organisation alle diese Abkommen und Entschädigungen genau kennen und trotz besseren Wissens diese Forderungen aufstellt haben.

Die Danziger Eisenbahnbediensteten haben bisher in loyalster Weise die ihnen auferlegten Pflichten erfüllt, was ihnen auch von höchster Stelle, dem Eisenbahnministerium in Warschau, bestätigt worden ist. Sie verlangen daher, daß auch die polnischen Berufsorganisationen angewiesen werden, sich in loyalster Weise den Danziger Eisenbahner gegenüber zu verhalten.

Die Versammelten verlangen daher von der Regie-rung der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regie-rung, daß die Bestimmungen und Entscheidungen des Oberkommissars in allen ihren Punkten ohne Schädigung der Danziger Eisenbahner und ihres Nachwuchses durch-gesetzt werden.

Vom polnischen Generalkommissariat und der Staats-bahndirektion verlangen sie, daß sie den ihnen auferlegten Forderungen der polnischen Berufsorganisationen entgegenzutreten und dies mit Rücksicht auf die Bekanntheit in der Presse öffentlich zum Ausdruck bringen. Für die Zukunft müssen sie solche Forderungen unter allen Umständen verhindern.

Vom Danziger Delegierten, der nach der Entschieden-heit des Hohen Kommissars die Interessen der Danziger Bevölkerung, auch die der Eisenbahnbediensteten, wahr-nehmen hat, verlangen wir, daß er mehr wie bisher von seinem ihm durch die Entscheidung des Oberkom-missars vom 7. September 1921 anvertrauten Rechte Ge-brauch macht.

Sie verlangen ferner, daß die polnischen Berufs-organisationen, die Wirtschaftsorganisationen sind und auch sein sollen, sich in Zukunft jeder Politik gegen Danzig enthalten, andernfalls wir vom Senat ihre sofortige Auf-lösung verlangen.

Label hat man abgenommen und die hohen Eisengittermaße ausgegraben und fortgeschafft. Nur auf den Höhen jenseits des Schichtstabs hat man sie belassen. Eine neue Antriebs-leitung wird nun von der Trennstelle aus voraussichtlich über Stolzenberg zum Petersburger Tor und an dem Wall entlang zum nächsten Elektrizitätswerk gebaut. Da das neue Schalthaus des Elektrizitätswerkes nahezu fertig ist, kann man mit dem Einbau der Kabel beginnen. Ferner werden von Volkow bzw. Bankau neue Luftkabel nach Kahl-bude gelegt werden müssen.

Wem gehört das Werftpeifehaus?

Die ehemaligen Kaiserlichen Marinebetriebe unter-zielten sogenannte „Wohlfahrtsvereine“, die die Aufgabe hatten, gegen wirtschaftliche Angelegenheiten der Betriebs-angehörigen fürsorglich zu arbeiten. Diese „Wohlfahrts-vereine“ waren u. a. auch Verwalter der „Werftpeife-häuser“, die aus den Strafgebern und etatsmäßigen „Sonntigen“ Mitteln des Marineministeriums im Laufe der Jahre erbaut worden sind.

Ein solches „Werftpeifehaus“ besteht auch noch in Danzig. Der „Wohlfahrtsverein“ verfiel der „Hnade“ No. 3, d. der Verein wurde dem Namen nach aufge-löst, die Lagerbestände veräußert, die Geschäftskonten, Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten geschlossen. Was mit der Masse des „Wohlfahrtsvereins“ geschehen ist, weiß die Öffentlichkeit nicht. Der nicht mehr bestehende „Wohlfahrtsverein“ erbaute auch in der Inflationszeit einige Häuser. Wer der Besitzer auch dieser Objekte ist, ist eben-falls unbekannt.

Bekannt ist nur, daß das Werftpeifehaus „annektiert“ worden ist durch die jetzige Firma „The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“ Die Direktion der Werft hat das Werftpeifehaus von dem übrigen Werft-gebäude abgetrennt und verpachtet, ohne dazu berechtigt zu sein, denn, wie schon gesagt, gehört das Werftpeifehaus nicht zum ehemaligen deutschen Reichs- und Staatsbesitz, sondern dem privaten „Wohlfahrtsverein“ der ehemaligen Marinebetriebe. Demnach war es auch gemäß Artikel 104 des Friedensver-trages durch die internationalisierte Verwaltungskommission nicht zu verteilen und ist auch nicht verteilt.

Die Arbeiter und Angehörigen haben kennend das öffentliche Recht auf das Werftpeifehaus, weil es 1. von ihren Geldern und 2. für sie zur Unterhaltung ihrer Lebens-lage errichtet ist.

Wird die Firma das fremde Gut dem Eigentümer auszuliefern?

Zwanzig Zimmer für Siedlungshäuser. Die in der Zeitung der Anstaltung Danzig und beim mittel ist in der Wohnung „B“ im oberen Saal zwanzig Zimmer für Siedlungshäuser zur Anstellung gelangen. Auch hier soll ganz streng die Tendenz verfolgt werden: einfach, billig und geschmackvoll. Jeder Raum ist 16 Quadratmeter groß, und daß sich somit an die in den Siedlungshäusern anzu-treffenden Soporäume der Größe nach an. Die zwanzig

Müsterzimmer werden von hiesigen einflussreichen Firmen ansaestellt.

Abenteurlicher Spiritus schmuggel.

Der Tischlermeister Bernhard Althoff in Danzig hatte sich vor der Verurteilung wegen Zollhinterziehung zu verantworten. Der Angeklagte kaufte in Deutschland einen Motorfahrrad und brachte ihn nach Danzig. Das Schiff war neu und wurde von dem Kapitän Engler geführt. Der Kapitän kam mit dem Schiff abends 10 Uhr in Danzig; er fuhr im Hafenkanal an und verfuhr heimlich und uner-kannt einzufahren. Am Vorkam wurde das Schiff vor einem Zollbeamten anhalten, doch erst mit viel Mühe ge-lang es, den Kapitän zu veranlassen, anzuhalten. Die Ma-schinen waren abgehoppelt und es brannten keine Lichter. Der Kapitän erklärte, daß das Schiff sich nur auf einer Be-rüstungsbahn befinde und den Hafen binnen 7 Tagen wie-der verlassen werde. Das Schiff habe keine Ladung an Bord. Die Durchsuchung ergab, daß das Schiff neu und leer war. Das Schiff blieb aber länger im Hafen und fuhr schließlich mit Spiritus hinans. Die Ladung war dazu bestimmt, nach Schweden eingeschmuggelt zu werden. Die Abgabe des Spiritus sollte auf offener See erfolgen. Auf schwedischer Seite wurde aber die Schmuggelabsicht be-kannt und das Schmuggelschiff wurde beschlagnahmt. Althoff war also sein Schiff und die Ladung los. Inzwischen wurde in Danzig bekannt, daß man bereits hier unrichtig vorge-gangen war. Das Schiff wurde in Danzig in die Schiffs-liste eingetragen und erhielt den Namen „Deini“. Es war nun also in Danzig besetmatet und auf den Namen „Eis-dorpf“ eingetragen. Es ergab sich daraus folgendes: Das Schiff war neu, also als Ware, in den Freistaat eingeführt worden. Dabei unterlag es dem Einfuhrzoll. Es wurde aber zur Verzollung nicht angemeldet. Es lag also eine Zollhinterziehung vor. Das Schöffengericht hatte den An-geklagten freigesprochen. Die Verurteilungskammer aber hob dies Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 Gulden. Ferner ist der Gegenstand zu beschlagnahmen, der der Verzollung entzogen worden ist. In diesem Falle war es ein ganzes Schiff. Da es aber be-schlagnahmt ist und sich in Schweden befindet, wurde der Angeklagte zu einem Verurteilten von 5720 Gulden verurteilt. Die Bilanz dieses Spiritus schmuggels ist also sehr un-günstig verlaufen. Schiff, Ladung und Schiffspreis gingen verloren. Einnahme = Null.

Unser Wetterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig.

Dienstag, den 5. Mai 1925.

Vorhersage: Zunächst noch heiter, langsam zuneh-mende Bewölkung, nachfolgend trübe, später regnerisch. Schwache N.- bis Südostwinde, etwas wärmer. Maximum: 14.4; Minimum: 3.3.

Von dem Haus der Freudenlosen.

Am 20. Oktober 1922 wurde Felix Fehrenbach vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Haß, der blindwütige Haß des monarchistischen Bayern hat den Revolutionär Fehrenbach, den Sekretär Kurt Eisners, in die Arme der weißblauen „Gerechtigkeit“ getrieben und der Richter Haß hat das Urteil gefündet. Vier qualvolle Stunden — sie wirkten wie eine Folter — verließ der Ober-Landesgerichtsrat Haß die Begründung des Urteils, daß von der ganzen Kulturwelt als ein ungeheuerliches Fehlurteil empfunden wurde.

Der Saal des Hofes ist reiche Menschenliebe entworfen. Felix Fehrenbach schuf sein Zuchthausereignis heraus ein Buch des tiefen Denkens und Handelns aller menschlich fühlenden Völker zur Erleichterung des jammervollen, Körper und Seele mordenden Loses der Zuchthausgefangenen förmlich entbinden muß. Diese Entbindung eines fettenjüngeren Reformwillens erreicht Fehrenbach in seinem Buche: „Im Haus der Freudenlosen“ (H. v. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin, 1922) nicht durch rhetorische Schmähreden, nicht durch allgemeine theoretische Ausführungen gegen den bestehenden Strafvollzug, sondern durch schlichte, aber ergreifende Schilderungen dessen, was ist. Fehrenbach stellt sein Schicksal nur als ein Teil des allgemeinen Schicksals seiner Leidensgenossen dar. Zu allem Kurzweiligen, was er in Fleisch und Blut erlebte, tritt er in einem gewissen Abstand, das Allerpersönliche wird gleichsam zu einer außer ihm stehenden Sache, die er mit Klarheit und Ruhe des gerechten prüfenden Menschen betrachtet. Mandanten Beweis seiner Menschlichkeit bucht Fehrenbach von den Strafvollzugsbeamten, die er wahrlich nicht als „schäblich und roffelnde Kerkermeister“ kennen lernte. Felix Fehrenbach muß seine erste Nacht im Zuchthaus Erbach in der Arrestzelle, in einem in die Zelle hineingebauten Klotz aus rot-lackierten Eisenstäben verbringen. „Da soll ich hinein“, so fragt er den Gefängnisbeamten. Der Beamte blickt. Dabei dreht er seinen martialischen schwarzen Schurzrock. „Das ist ja der reinste Tigerkäfig.“ „Jetzt sind's halt im Zuchthaus“, kommt's lakonisch zurück. „Aber ich bin doch kein Raubtier.“ Der Beamte lächelt überlegen und rüffelst dabei mit seinem großen Schlüsselbund. „Wenn's amal a Zeitlang da sin, na wern's ich einziehen, daß's hier kein gibt, für die ma sowas braucht.“

In diesen Klotz können Strafgefangene, die sich groß gegen die Hausordnung veranlassen haben, in Kerker gehen werden. Und Arret und Wasser und Brot kann bis zu sechs Wochen verhängt und mit Entzug des Tageslichts und des Nachtlagers verhängt werden. Die Vorschriften für „Gefangene“ hatten nur so von Verboten. Von früh morgens bis zur Schlafenszeit ist dem Gefangenen jede Bewegung überlassen voranzutreiben und ein beständiger Reiz von Verboten erntet ihn ein. Er hat beständig zu gehorchen und sich unterzuordnen. Tut er's nicht, dann drohen ihm die Verweise gegen die Hausordnung ansonsten schweren „Hausstrafen“. An die eifrig hersehende Post dieses Zuchthauslebens haben endlich erst die barmherzigen „Hausstrafen“ vom Jahre 1921 einige wenige angenehme Strahlen getragen, die „einen neuen, humaneren Geist ahnen lassen“. Die ersten schmerzlichen Anläufe zu einer progressiven Strafvollzug sind schon. Der in immerwährenden Gefangenen kann zu höheren Stufen des Strafvollzugs befördert werden, auf denen ihm Vergünstigungen und Erleichterungen zuteil werden. Aber was da noch zu tun ist, um den drakonischen, menschen-ermahnenden Strafvollzug zu einem väterlichen, seelenfördernden Besserungsweg zu gestalten, das zeigt in weithin leuchtender Mannenschrift das festschreibende Buch: „Im Haus der Freudenlosen“. Wieviel zweifelt Grundtatsache steht da noch in der ganzen Behandlung der Gefangenen, in ihrem so rücksichtslos getriebenen Abschluß von der Außenwelt in ihrer einseitigen rein mechanischen Arbeit, in ihrer ganzen körperlichen und geistigen Ernährungsweise! Die menschliche Arbeit verflößt und vertiert mühsamer den Gefangenen verständig. Ein Gefangener, nach der heiligen Wirkung seiner geistlichen Papierearbeit befragt, sagte einmal zu Fehrenbach: „Am Abend greife ich mir an Kopf und A... um festzustellen, ob mir noch nicht Schwanz und Hüner wachsen.“

Zum anfrühtelnden Ankläger menschlicher Herrscherei, Gerechtigkeit und fittlicher Blindheit und Taubheit wird Fehrenbach in dem Kapitel: „Die Himmelshäuser“ die Lebenslagen, über die sich die Straftäter unendlich wie das Himmelstier unermesslich weit ausdehnt. Er nimmt zum Schluß von einem sterbenden Himmelshausen Abschied, dessen drehendes Auge sich nach Freiheit, Licht und Sonne lehnt. Das schwache hilflose Stammeln dieses lebenden Leinwandens wird zur Stärkung, von Hornesdennern begleiteten Kritik des fischerigen Strafvollzugsverfahrens in den deutschen Zuchthäusern.

Das vorzüglich ausgearbeitete Buch ist auf solchem Papier gedruckt und in ganz feinem gebunden. Der Entwurf des Umschlages und die wirkungsvollen Zeichnungen sind von Hans Windisch in vollendeter Weise ausgeführt.

Paul Kampffmeyer.

Abschaffung von Ellis Island.

Untersuchung der Einwanderer in den europäischen Ozean.

Der amerikanische Arbeitsminister Davis erwägt den Plan, die Einwanderungsstation in New Yorker Hafen, die berühmte Station auf Ellis Island, abzuschaffen. Die Untersuchung der Einwanderer nach ihrem moralischen, intellektuellen und physischen Zustand, die jetzt auf Ellis Island stattfindet, soll durch eine beratende Untersuchung in den verschiedenen amerikanischen Konsulaten der Auswanderungsstellen ersetzt werden. Dies würde eine große Erleichterung für die Schiffahrtsgesellschaften bedeuten, die gegenwärtig verpflichtet sind, die zurückgewiesenen Einwanderer wieder nach dem Auswanderungsstellen zurückzuführen.

Der Betrieb der verschiedenen Einwanderungsstationen in den amerikanischen Häfen und Grenzorten kostet jetzt jährlich ungefähr zwei Millionen Dollar. Dieser Betrag wird jedoch reichlich eingebracht, und zwar durch die Einwanderer selbst, die, bevor sie in die Vereinigten Staaten gelangen, ein Kopfgeld von zehn Dollar bezahlen müssen. Aus den Einnahmen werden also die Kosten der Einwanderungsstationen gedeckt. Wird nun die Untersuchung fortan in den Auswanderungshäfen stattfinden, dann werden die Konsulate der Vereinigten Staaten überall eine Anzahl von Praktikern erhalten müssen. Dies würde, zusammengekommen, wohl mehr kosten als die zwei Millionen, die von der nordamerikanischen Union gegenwärtig für die Einwanderungsstationen aufgewendet werden, doch auf der anderen Seite darf nicht außer acht gelassen werden, daß das Verschwinden der Station auf Ellis Island in der ganzen Welt freudig begrüßt werden wird. Die Art und Weise, in der die Einwanderer auf Ellis Island empfangen werden und wie die Beamten sie behandeln, die mitunter sehr barsch und rücksichtslos auftreten, das hat oft genug schon Anlaß zu scharfer Kritik gegeben. Auch über den Mangel an Reinlichkeit wurde Klage geführt, was leicht beseitigt ist, da bei dem Zusammenströmen so vieler Menschen aus den verschiedenen Ländern Reinlichkeit und Sauberkeit nur schwer erhalten werden können.

Poststreitigkeiten Danzigs in alter Zeit.

Vor nun fast drei Monaten ließ Polen in der Freien Stadt Danzig polnische Briefkästen anbringen und eröffnete damit Streitigkeiten die zu langwierigen Verhandlungen führten, welche bis zur Stunde noch kein für Danzig befriedigendes Ergebnis gezeitigt haben. Wie heute mit Polen, so hat Danzig einmal zur Zeit des Großen Kurfürsten

Poststreitigkeiten mit Kurbrandenburg

gehabt. Der Große Kurfürst erstrebte die Herstellung einer durchgehenden und gesicherten Postverbindung zwischen dem äußersten Osten und Westen seines Landes, also zwischen Memel und Cleve. Danzig unterhielt damals die Feinerzeit von den holländischen Kaufleuten eingerichtete „Danisch-Botenpost“ nach Stettin. Außerdem bestand eine Postverbindung zwischen Danzig und Königsberg. Diese beiden Kurie galt es allmählich durch eine Staatspost zu ersetzen. Dabei gab es mancherlei Hindernisse zu überwinden. Denn Kurbrandenburg war kein zusammenhängendes Gebiet. Die Führung der Posten durch andere Länder war nur mit Zustimmung der betreffenden Landesherren möglich. Bestehende Rechte mußten gesichert werden. Außerdem handelte Pomern seit 1659 unter schwedischer Interimsverwaltung.

Die Umwandlung der holländischen Botenpost Königsberg—Pillau—Danzig gelang bereits im Jahre 1666 ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Gleichgiltig erfolgte die Verlängerung des Kurie von Königsberg bis Memel. Der Danziger Rat sah diese Neuordnung nicht ungern, zumal über Memel nun Rücksicht an die schwedische Post nach Riga bestand. Er schätzte denn auch ohne weiteres, das Postamt in Danzig mit einem kurbrandenburgischen Postmeister zu besetzen. Als die Danziger ihrerseits nun aber forderten, ein

Danziger Postamt in Königsberg

einrichteten zu dürfen, kam es zu den ersten Unstimmigkeiten. Der Danziger Rat ließ sich zwar zunächst abweisen, erhob seine Forderung insofern Drängens der Kaufmannschaft aber bald von neuem. Der Kurfürst blieb indeffen bei seinem einmal gefaßten Beschluß. Die Forderungen der Stadt Danzig blieben daher erfolglos. Nunmehr verweigerte der Danziger Rat eines Tages den kurbrandenburgischen Postkassen den Eintritt in die Stadt und beordnete gegen den Willen des Kurfürsten einen Postmeister nach Königsberg, der dort die Annahme und Verteilung von Briefen vornahm. Brandenburg sah sich dies nicht gefallen und entschloß sich die kurfürstliche Regierung den

Danziger Postmeister verhaften

und hina auch die Danziger Postkassen ab, die heimlich Briefe nach Königsberg zu bringen versuchten. Hierdurch wurden die Pläne des Großen Kurfürsten zunächst sehr hinderlich beeinflusst, denn bei den gegenwärtigen Verhältnissen war die Postverbindung ein unheilvolles Unternehmen.

1618 gelangte Brandenburg durch den Westfälischen Frieden in den Besitz von Ostpreußen. Seine Macht vergrößerte sich dadurch erheblich und so gina es abernals aus dem, um die angelegte Postverbindung herzustellen. Um die Verbindung des Danzig—Stettiner Kurie mit dem ostpreussischen Kurie (Berlin)—Königsberg—Memel herzustellen, war jedoch ein brandenburgisches Postamt in Danzig nötig. Die Verhandlungen führten nicht zu dem gewünschten Ergebnis, jedoch erreichte der Bevollmächtigte des Kurfürsten, daß der

Danziger Stadtpostmeister für das kurfürstliche Interesse mitverhaftet

wurde. Einige Jahre später hob der Kurfürst den Danzig—Königsberger Kurie auf und erließ den Danziger Rat zur Aufhebung der Danzigpost durch Ostpreußen; er wollte selbst Briefen einrichten. Danzig erhielt einbündeliche Vorlesungen, jedoch vergeblich. Am 29. März 1654 erhielt Kardinal Markus den Auftrag zur Einrichtung des preussischen Kuriepostamt in Danzig und drei Wochen später bestand nach erfolgter Zustimmung der schwedischen Regierung in Stettin eine durchgehende kurbrandenburgische Post von Königsberg

über Elbing Marienburg, Dirschau, Stolp, Schlawe, Rößlin, Raugard nach Starogard.

Danzig wurde somit umgangen

und vom Postverkehr völlig abgeschnitten; denn den Danziger Postkassen wurde das Betreten des hinterpommerischen Gebietes nicht gestattet. So konnte Danzig nicht umhin, dem Großen Kurfürsten in einem Vertrage vom 18./26. Juni 1661 die Errichtung eines Postamtes in Danzig und die Verbesserung der Posten durch Danziger Gebiet zu gestatten. — Die Poststreitigkeiten zwischen Brandenburg und Danzig hörten aber nicht auf, und als der Große Kurfürst, um klare Verhältnisse zu schaffen, dem Danziger Rat vorzuschlag, auch auf die britische Postverwaltung der Stadt zu verzichten, wandte sich Danzig an seinen Schutzherrn, den König von Polen, mit der Bitte um Hilfe. Danzig sah seine Hoheitsrechte gefährdet, die es nicht aufgeben wollte.

Polen unterstützte Danzig nicht.

wie man es wohl annehmen möchte, sondern beannte die Hilfslosigkeit von Danzig, um selbst ein einträgliches Geschäft zu machen. Polen nahm die Postverwaltung von Danzig für sich in Anspruch und stellte die Streitigkeiten mit Brandenburg fort. Polen sandte als General-Postmeister für Ostpreußen Preußen den gewissenlosen und intriganten Statthalter Franz de Wratka nach Danzig und dieser vertrat es, auf dem pommerischen Postkurie empfindliche Störungen hervorzuheben, um Brandenburg das Unternehmen zu verhindern. Der Einfluß de Wratkas war so groß, daß in dem Frieden von Oliva, der die brandenburgisch-schwedischen Streitigkeiten 1660 beendete, die Aufhebung des kurfürstlichen Postamtes in Danzig als Nebenbedingung für die Uebergabe Elbing an den Kurfürsten festgesetzt wurde. Mit dem Einverständnis der schwedischen Regierung in Stettin richtete er eine

polnische Post von Danzig nach Stettin

ein. — Als nun hierbei die polnischen Postkassen, die vielfach in Verkleidung und mit Schießwaffen versehen ritten, brandenburgisches Gebiet durchzogen und dort Briefe einammelten und verteilten, ließ der Große Kurfürst sie verhaften und nach der Festung Stargard bringen, wo sie so lange blieben, bis das hinterpommerische Porto gezahlt war.

Während die schwedische Regierung in Stettin dem Großen Kurfürsten unermüdlich größtes Entgegenkommen bewies, hatte sie sich in diesem Poststreit auf die Seite Polens. Sie protestierte gegen das Vergehen des Kurfürsten und versuchte nun ihrerseits, eine Postverbindung mit Danzig aufrechterhalten. Der Kurfürst ließ sich aber nicht beirren und beauftragte die schwedischen Postkassen festzunehmen und in Stettin gefangen zu setzen. Schweden drohte darauf mit Gewaltmaßnahmen und Polen gina sogar so weit, die brandenburgischen Posten durch schwer bewaffnete Banden überfallen zu lassen. Einmal wurde ein auf der Straße befindlicher brandenburgischer Postmeister von 60 Reitern überfallen und als Gefangener nach Danzig gebracht.

Nach längerem Hin und Her sah die polnische Regierung aber schließlich ein, daß der Kurfürst rechtmäßig, de Wratka aber nur aus Habgier und Bosheit gehandelt hatte. De Wratka wurde seines Amtes entsetzt und danach im Jahre 1661 zwischen Polen und Brandenburg eine Einigung herbeigeführt. Beide Teile verpflichteten sich vertraglich, keine Einmischung mehr in des Nachbarn Postwesen zu unternehmen. Für den Austausch der Postkassen wurden die Grenzorte Danzig und Karmel samt der Kräfte des Karmelats vereinbart.

So war dem Großen Kurfürsten denn endlich gelungen, eine sichere Postverbindung von Memel bis Stettin herzustellen und seine Einflüsse auszuweiten. Von Stettin bestand eine regelmäßige Verbindung nach Berlin und von hier über Magdeburg und Stavel bis Cleve. Damit war das soeben besprochene Ziel erreicht. Danzig aber das ein eigenes Postamt in Königsberg einzurichten hatte, verlor infolge seiner politischen Schwäche die Festigkeit im eigenen Lande. Zwischen Danzig und Karmel vermittelte das polnische Postamt in Danzig die Verbindung der Postkassen. — Es wäre zu wünschen, so schreibt D. Schlenker in der „D. Z.“, daß Danzig im jetzigen Postkrieg mit Polen besser abkomme.

Tragikomische Geschichte eines päpstlichen Ordens.

Der päpstliche Nuntius Ceron, Schioppa in Budapest, der sich seit einiger Zeit auf Urlaub befindet, wurde unerwartet nach dem Haag versetzt. An seine Stelle wurde Monsignore Cesare Orsini zum Budapestener Nuntius ernannt.

Diese Veränderung in der Budapestener päpstlichen Vertretung hat eine interessante Vorgeschichte. Nuntius Schioppa spielte sowohl im politischen, wie auch im gesellschaftlichen Leben der ungarischen Hauptstadt eine große Rolle. Daß er seinen Posten so plötzliche verlassen mußte, soll nach dem Blatte „A Magyar“ auf eine peinliche Affäre zurückzuführen sein. Vor einigen Monaten erschien nämlich beim Nuntius ein Mann, der sich Julius Kiemer nannte, und suchte um die moralische Unterstützung zur Gründung einer Aktiengesellschaft für den Handel mit religiösen und kirchlichen Artikeln, Messgewändern, Altarbildern usw. an. Bald eröffnete des neue Unternehmen unter dem Titel „Ecclesiastica-Aktiengesellschaft“ seine geschäftliche Tätigkeit. Julius Kiemer schickte wiederholt beim Nuntius in Audienz. Für seine Erfolge auf kirchlichem Gebiete wurde er auch für eine hohe kirchliche Auszeichnung vorgeschlagen. Der Papst verlieh ihm den Orden Pro ecclesia et pontifice. Die Auszeichnung traf in Budapest ein und wurde dem verdienstvollen Generaldirektor überreicht.

Um ihn tragen zu können mußte aber die Erlaubnis des Reichsverwehrs eingeholt werden. Kiemer versorgte auch das diesbezügliche Gesuch und reichte es in der Kabinettskanzlei des Reichsverwehrs ein. Bevor es jedoch zur Unterfertigung vorgelegt worden war, gina es zur Begutachtung an das Ministerium des Innern und von dort zur Polizei. Und nun kam die Ueberraschung. Bei der Polizei blätterte man nämlich nach und konnte alsbald feststellen, daß Kiemer das Recht, einen päpstlichen Orden anzunehmen, nicht so selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen konnte. Er war nämlich Jude und hatte sich erst in aller Eile taufen lassen, als er die Nachricht von der bevorstehenden Auszeichnung erhielt. Dies wäre jedoch noch das geringere Übel gewesen und man wäre stillschweigend über die heikle Sache hinweggegangen, um den päpstlichen Stuhle nicht einer Blamage auszuliefern, wenn sich nicht auch gleichzeitig herausgestellt hätte, daß der ausgereizete Julius Kiemer, der sich zu Anfang des Weltkrieges mit Kriegslieferungen befaßt hatte, der berühmte Fabrikant der Schilde mit Papierrollen und der Uniformen aus Papier war, der für diese Tätigkeit seinerzeit zwar seinen Orden, jedoch für 1 1/2 Jahre Zuchthaus erhalten hatte, die er auch abbüßte. Da man einem ehemaligen Zuchthausler doch keinen Orden erteilen konnte, gina das schöne Kreuz von der Polizei zur Nuntiat, von dort aber nach Rom zurück. Aber auch der Nuntius Schioppa mußte gehen.

Für 150 000 Dollar Bißko beschlagnahmt. Aus Konstanz wird gemeldet, daß der französische Schoner „Monsieur“ mit einer Besatzung im Werte von ungefähr 150 000 Dollar

innerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer beschlagnahmt wurde.

Ein vierzehnjähriger Teufelskerl.

Aus dem kleinen Städtchen Zirehlen in Preussisch-Schlesien kommt die Kunde von den Bravourtugenden eines vierzehnjährigen Kuriergeballeins, die an Tollkühnheit und Wagemut mancher Risikofreudigen nicht nachsteht. Der kleine Bursche aus Teyendorf ist, obwohl er erst vierzehn Jahre zählt, ein wilder und gefährlicher Bursche. Seine Gaunereien und Gewalttaten haben ihn in Kuriergezichte gebracht, aber ihn können weder Gefängnisstrafen noch Anstaltsmauern von der Freiheit abtrennen. Er ist als Ausbrecher bereits verurteilt, entflohen er doch bereits viermal durch die Gitter von Polizei- und Gefängniszellen. Das tolle Stück aber, das verdient hätte, gefilmt zu werden, leistete er sich dieser Tage in Zirehlen, wo er im Gefängnis, und zwar im zweiten Stockwerk, untergebracht war. Er zwangte sich am helllichten Tage durch die Gitter seines Zimmers, und zwar, um hindurchzuschlüpfen zu können, im Hemde. Draußen angelangt, wollte er, als kühner Kaskadenkletterer, von Fenster zu Fenster balancieren, bis er die Dachrinne erreichten konnte. So hing er in gefährlicher Höhe, mit den Händen schon an die Dachrinne angekrampft, mit den nackten Füßen an den Wänden halt suchend, als ihm ein Härter erblickte und zu Tode erschrocken auf den Boden in der Luft Schwebenden starre der jeden Augenblick zu fallen und das Gesicht zu brechen drohte. Der Härter fürzte fort und holte im Sturmschritt eine Leiter herbei. Sie war aber zu kurz, und während er nach einer zweiten rannte, sprang Franke kopfüber auf die kurze Leiter herunter. Der Sprung glückte, und er rief aus. Zwei andere Gefangene und Beamte verfolgten ihn, der in seinem Hemde rannte, was ihn die Beine trugen. Sie holten ihn auch ein, aber er verweigerte sich mit Schlägen und Bissen und rannte schließlich — immer im Hemde und am hellen Tage! — auf der Breslauer Chaussee weiter, bis ein entgegenkommender Radler den erschöpften Jungen auffing. Man bringen sie ihn in die Kuriergehölle zurück, wie lange wird er anhalten?

Die Sittlichkeit ist eine Tugend, der man nachsagt, daß sie in unferen Tagen immer seltener wird. Umso mehr freut sich bei der Reichstagswahl ein Rechtswörter, als gleich einer der ersten Wähler, die in der Krübe an seinen Tisch traten, mit vernehmlicher Stimme „Morgen“ sagte. „Morgen“, erwiderte der Wähler freundlich. „Morgen“, sagte der Fremde noch einmal. Ach, dann: der Wahlwörter, vielleicht ist er schwerhörig und hält mich für unverständlich. Drum lies er seine Stimme anheben: „Morgen.“ „Morgen“, hallte das Echo. Dem Wähler wurde unheimlich. Sollte etwa ein Irrsinniger... „Morgen“, rief da der Mann zum vierten Male. Der Beamte sagte sich. „Sagen Sie erst mal Ihren Namen“, forderte er energisch. „Na, den sage ich doch schon dauernd“, kam es in friedlichem Ton zurück. „Ich heiße doch Morgen“.

Danziger Nachrichten

Nie wieder Nachtarbeit im Bäckergewerbe!

In zwei gut besuchten Versammlungen im Restaurant „Zum Dyprenken“ und in der Gewerbehalle, Schüsselbamm Nr. 62, beschäftigten sich die Arbeitnehmer des Bäder- und Konditorengewerbes mit der Frage „Nacht- und Sonntagsarbeit“. Geladen waren auch die Junna und Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes. Der Einladung wurde jedoch nicht Folge geleistet. Der Referent in den Versammlungen, Bezirksleiter Boffe, Breslau, schilderte die früher in diesen Gewerben übliche Nacht- und Sonntagsarbeit mit ihren für die Beschäftigten unheilvollen Schäden in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht, führte die daraus geborenen Unsauberkeiten und Krankheiten und die Gefahren, die aus ihr für die Konsumenten entstanden, an. Er zeigte weiter, welchen Kampf um die Beseitigung dieser Übelstände die Organisation geführt hat, und wie durch die am 3. 1. 1915 erlassene Verordnung eine Besserung herbeigeführt wurde. Die später vom Rat der Volksbeauftragten erlassene Verordnung machte aus dem nur für die Kriegszeit bestimmten Verbot, ein dauerndes. Gesichert sei das Verbot jedoch erst dann, wenn die Nacht- und Sonntagsarbeit für alle Länder verboten werde und die Regierungen ernstlich gewillt seien, für seine Durchführung zu sorgen. Au das Internationale Arbeitsamt wurden Anträge von der internationalen Vereinigung der Bäckerei- und Konditorarbeiten gestellt, nach welchen eine generelle Regelung für alle Länder erstrebt werden sollte. Die 6. internationale Arbeitskonferenz hat einen Übereinkommensentwurf fertiggestellt, der dem Wunsch der Arbeitnehmer insofern Rechnung trägt, daß er während 7 statt 8 Nachtstunden jede Arbeit in Bäckereien und Konditoreien verbietet. Auf der 7. internationalen Arbeitskonferenz steht das Übereinkommen in zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Von Seiten vieler Arbeiterorganisationen sind Verschlechterungsanträge gestellt, die die Gefahr der Nachtarbeit und damit zugleich die Sonntagsarbeit für die Konditoren heraufbeschwören. Es gilt, jetzt durch die Demonstrationsversammlungen die Regierungen auf die Stimmung in Arbeiterkreisen aufmerksam zu machen, und zu fordern, daß die Anträge der Arbeitgeber abgelehnt werden. Um sicher zu gehen, sei es jedoch notwendig, sich mit seiner Organisation im Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband zusammenzuschließen, um eventuelle Verschlechterungen durch den Kampf zu beseitigen bzw. ihnen entgegenzutreten zu können. Die Diskussion ergab volle Übereinstimmung mit dem Gedankengang des Referenten. Einstimmig wurde in beiden Versammlungen die nachfolgende Entschließung angenommen:

Die am 29. und 30. 4. 25 im Restaurant „Zum Dyprenken“ und in der Gewerbehalle tagenden öffentlichen Versammlungen der Bäder- und Konditorarbeiten nehmen Kenntnis von den Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes, das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in allen ihm angeschlossenen Ländern einheitlich zu regeln. Die Versammelten werden diese Bestrebungen in jeder Hinsicht nach besten Kräften unterstützen.

Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß, obwohl allgemein die Schädlichkeit der Nachtarbeit in den

Bäckereien für die Berufsangehörigen bekannt ist und für die Konsumenten große Gefahren in hygienischer und sanitärer Hinsicht in sich birgt, einige Länderregierungen auf Verlangen rückständiger Unternehmer hin grobe Verschlechterungsanträge an die 7. Arbeitskonferenz stellen. Die Annahme dieser Anträge wäre gleichbedeutend mit der Wiedereinführung der Nachtarbeit und all der schauerhaften Zustände wie sie vor deren Beseitigung bestanden. Die Versammelten erheben gegen diese Veruche den schärfsten Protest und erwarten von der Arbeitskonferenz, daß sie die Anträge einmütig ablehnt.

Von der Regierung verlangen die Bäder- und Konditorarbeiten, daß, unbekümmert des Ausganges der internationalen Regelung, in Danzig die geltende Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien unverändert bestehen bleibt und endlich gegen die Saboteure der Verordnung mit schärferen Strafbestimmungen, in Wiederholungsfällen mit Geschäftsabschließung, vorgegangen wird. Die Forderungen der Unternehmer auf Zulassung eines früheren Arbeitsbeginns als 6 Uhr morgens in den Bäckereien oder der Sonntagsarbeit in den Konditoreien, sind von den Behörden abzulehnen, weil sie geeignet sind, die Verordnung zu durchlöchern und schließlich ganz zu Fall zu bringen. Die hohe kulturelle, sittliche und hygienische Bedeutung der Nachtarbeit muß es den amtlichen Stellen, die berufen sind, über das Wohl der Gesamtbevölkerung zu wachen, zur Pflicht machen, diesen besonderen Arbeiter- und Konsumentenschutz voll anzuwenden und weiter auszubauen.

In die Konsumenten richten die Versammelten den Appell, die Bäckerei- und Konditorarbeiten in ihren Bestrebungen weitestgehend zu unterstützen. Nahrungs- und Genussmittel sind Vertrauensartikel, und es soll und kann den Konsumenten nicht einerlei sein, unter welchen Umständen diese Erzeugnisse hergestellt werden.

Mietbeihilfen in Oliva.

Mietbeihilfen in Oliva sind auf Antrag den Ortsarmen, Kriegsbeschädigten, Arbeitern der ehemaligen Reichs- und Staatsbetriebe, Kleinrentnern, Arbeitslosen, ferner verheirateten Personen mit 1 Kind bei monatlichem Einkommen unter 100 Gulden, mit 2 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 125 Gulden, mit 3 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 150 Gulden mit 4 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 175 Gulden, mit 5 und mehr Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 200 Gulden.

Antragsformulare zu Mietbeihilfen werden in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses (1 Tr.) ausgegeben.

Die ausgefüllten Anträge sind von den Antragstellern persönlich im Sitzungszimmer des Rathauses abzugeben, und zwar für die Buchstaben A, B, C, D, E am Donnerstag, den 7. Mai von 9 bis 1 Uhr, F, G, H, I am Freitag, den 8. Mai, von 9 bis 1 Uhr, J, K am Sonnabend, den 9. Mai, von 9 bis 12 Uhr, L, M, N, O, P am Montag, den 11. Mai, von 9 bis 1 Uhr, Q, R, S, T am Dienstag, den 12. Mai, von 9 bis 1 Uhr, U, V, W, X am Mittwoch, den 13. Mai, von 9 bis 1 Uhr. Vorzulegen ist dabei die Mietquittung für März und April d. J. (Mietmittlungsbuch), der alte Ausweis über eult. bereits gezahlte Mietbeihilfe, Rentenbescheide, Steuerbuch und sonstige zweckdienliche Unterlagen.

Erwerbslose erhalten die Mietbeihilfe durch Vermittlung der Erwerbslosenfürsorge, die deshalb noch besondere Bekanntmachung durch Anschlag in der Kontrollstelle erläßt.

Die Elektrizitätsversorgung der Landgemeinden.

Die Verwaltung der Ueberlandzentrale Ostpreußen beabsichtigt im laufenden Geschäftsjahre eine Elektrizitätsverbindung zu den noch nicht in das Elektrizitätsnetz einbezogenen Landgemeinden herzustellen. Zu diesem Zwecke hat die Verwaltung einen Vertrag von 250 000 Gulden in den Haushaltsvoranschlag der Zentrale für das laufende Jahr eingestellt. Da aber nach einer aus der Kriegszeit stammenden Verordnung die Landgemeinden zu den für die Herstellung von Elektrizitätsverbindungen auszuwendenden Kosten $\frac{2}{3}$ aus eigenen Mitteln beitragen müssen und die Landgemeinden jetzt außerstande sind, diese Kosten aufzubringen, wird es zunächst notwendig sein, die bezeichnete Verordnung außer Kraft zu setzen. Ein diesbezüglicher Bescheid soll in der nächsten Sitzung des Kreisrates Danziger Höhe gefaßt werden.

Ohra. Eine Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, den 7. Mai d. J., nachmittags 6 Uhr, im Rathaus statt. Die Tagesordnung lautet: Einführung eines Gemeindevertreters; Wahl eines Wohlfahrtspflegers für den Bezirk 7 (Niederfeld, Hinterweg); Erlass einer Polizeiverordnung über die Lagerung von Spiritus; Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des Fußbodens in der Sporthalle; Durchführung des Gelebes zur Bekämpfung der Wohnungsnot vom 27. 3. 25; Anschlag an das Danziger Abwasserkanalnetz; Antrag des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose auf Beitritt der Gemeinde Ohra.

Oliva. Eine Sitzung der Gemeindevertretersitzung findet am Mittwoch, den 6. Mai 1925, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses statt. Ihr liegt folgende Tagesordnung vor: Genehmigung eines mit der Berufsvereinnung Danziger Werke abzuschließenden Vertrages; Beschlussfassung über eine Gebührenordnung für die Benutzung des Gemeinde-Wohnungsnachweises; Aufhebung von Straßengelände; Gewährung einer Beihilfe an die „Olivaer Zeitung“ zur Herausgabe eines Adreßbuches; Gewährung einer Beihilfe an die Danziger Verkehrs-Zentrale. In der geheimen Sitzung kommen Personal- und Sachangelegenheiten zur Erledigung.

Silau. Die Mitglieder des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei fand am Sonntagabend im Lokale von Neumann statt. Die Festrede hielt Gen. Karstewski. Nach Würdigung der geschichtlichen Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag wies er auf die jetzige Hauptforderung für den 1. Mai hin. Krieg dem Kriege ist der Schrei, welcher in allen Ländern der Welt erschallen muß. 11 Millionen Tote hat der letzte Krieg dahingerafft, davon war Deutschland mit 1 800 000 beteiligt. Die kapitalistischen Kreise sind wieder bestrebt, die Völker in kriegerische Verwicklungen hineinzubringen. Mit dem Gelübnis der Treue zur Sozialdemokratie wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Verantwortlich für Politik Ernst Pook für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adomat, für Ankerate Anton Kooten sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von R. Wehl & Co. Danzig.

Freymann'sche Reklamewoche

mit der sensationellen Kaufgelegenheit in allen Abteilungen. Das Hervorragendste, was seit langem geboten worden ist. Heute stellen wir, außer den unzähligen andern Artikeln, zum Verkauf:

Damenputz

- Bäckerschütze schön, mod. i. Farb., Fant. 675
- Strohess. m. Bandgarnit., 8.50
- Bäckerschütze flotte Sportform., mod. 1350
- Farb., m. R. osband garn., 14.50
- Damenhüte festem Strohg. Form. aus geflecht. hübsch garn., 16.50
- Damenhüte modern. Kleids Form., m. fesch. Band- od. B. umgarnit., 18.50
- Damenhüte mod. Formen u. Farb., ef garn., 1950
- Damenhüte aus echtem Strohgeflecht, 22.50
- Damenhüte el. Modeform. m. mod. garn., in schönen Farben . . . 2450

Bett- und Tischwäsche

- | | | | |
|---|-----|--|------|
| Kissenbezüge 65x80 aus Speziallinon | 365 | Bettbezüge 135x200 aus unserm Speziallinon | 1290 |
| Kissenbezüge 65x89 aus Damast | 425 | Bettbezüge 160x200 aus unserm Speziallinon | 1850 |
| Kissenbezüge 65x80 hübsche Stückereigarn. 5.25 | 485 | Bettbezüge 135x200 aus kräftigem Damast | 1590 |
| Bettlaken 140x200 aus starkem Linon | 590 | Servietten 55x55 Damast, Blumenmuster | 095 |
| Bettlaken 140x200 oewa. wachen, georauch-fertig | 675 | Servietten Reinleinen, gebleicht, 60x60 | 195 |
| | | Tischtücher 125x150 ungeklärt, Halbleinen | 985 |
| | | Tischtücher 140x150 Reinleinen, gebleicht | 1350 |

Handarbeiten

- Nachtischdecken aufgez. 85 P
- auf gutem weißen Stoff
- Nachtischdecken Stoff, mit Einsatz und Spitze garniert 125
- aufgez. i. Ausschnitt u. Lochstick, a. weiß, Stoff 175
- Kissen aufgez, creme Ness. 245
- Küch.-Handtücher rot und blau bes. 2
- Kissen aufgez. auf gutem schwarzen Rips 265
- Mitteldeck. weiß, m. Eins. u. Sp. garn., ca. 60 cm gr. 2
- Läufer dazu passend 310
- Mitteldeck. weiß m. Eins. u. Sp. garn., ca. 75 cm gr. 390

Lederwaren

- Portemonnaies echt Leder für Herren und Damen 3.25, 2.95
- Damenbesuchstaschen imitiert Lackleder 1.95, 1.65
- Damenbesuchstaschen imitiert Lackleder, größere Formen mit Spiegel 4.95, 3.95
- Damenbesuchstaschen echt Leder, Crocogearbt 10.50, 8.75
- Kofferbügeltaschen aus prima Kalbleder Ia Verarbeitung mit Spiegel 24 cm 22.50, 22 cm 19.75
- Rucksäcke a. fest. Segelleinen 9.75, 8.75, 6.75 1.50
- Isolierflaschen mit Aluminium Trinkbecher 1.850 2.150 3.25
- Frühstückstaschen aus festem Wachs- gearbetet 3.25, 2.75, 2.25
- Frühstückstaschen aus festem Wachs- gearbetet, mit Gurt 3.75, 3.25

Seidenbänder

Taffetband gute Qualität, in reicher Farbauswahl und allen Breiten

Breite	2 1/2	4	5	7 1/2	cm
Preis	0.45	0.70	0.90	1.25	
Breite	9	11	13	15	cm
Preis	1.50	1.70	2.10	2.45	

Wäscheband Kunstseide, besonders feste Qualität

Breite	3	5	cm
Preis	0.30	0.58	

- Fertige Achselbänder zum Knöpfen, ca. 40 cm lang, aus Kunstseide Paar 1.25
- Fertige Achselbänder zu Knöpfen, ca. 40 cm lang, aus reiner Seide Paar 1.50

Bijouterien

- Zigarettenetuis für Damen und Herren, schöne Ausführungen 4.95, 4.50, 3.75, 2.95
- Zigarettenspitzen mit Bernstein, 1.10, 0.75, 0.60, 45 P
- Edelbeinanhänger neu mod. Motive, 1.50, 1.25, 95 P
- Edelbeinketten in div. Längen, 5.95, 4.50, 3.50, 2.95
- Taschenbügel neue aparte Muster, zur Selbstanfertigung 2.75, 2.50, 1.95, 1
- Wachspierketten in diversen Längen 2.15, 1.45, 1.25, 0.75, 68 P
- Haargarnituren Kamm u. Spange mit 950 Silber-Auflage, aparte Neuheit 395
- Neuheit moderne Kämme u. Spang mit Strahlstein, 3.25, 2
- Große Auswahl in modern. Spangen u. Kämmen

Nachruf

Bei dem großen Eisenbahnunglück im polnischen Korridor wurde auch unser Kollege, der Gewerkschaftsbeamte

Max Wollermann

im besten Mannesalter aus dem Leben gerissen.

Wir verlieren in Max Wollermann einen treuen Freund und Berater, der in hingebungsvollem Dienste für die Arbeiterbewegung Ostpreiens und speziell Danzigs seine besten Kräfte einsetzte.

Seine opferwillige Treue für die großen Ideale des Sozialismus machten ihn uns zu einem Vorbild eines Arbeiterführers, dem nachzueifern unsere fernere Lebensarbeit sein wird.

„Wer in Beruf und Pflicht wie Du gestorben, Hat Leben erst sich durch den Tod erworben.“

Ehre seinem Andenken!

Die Angestellten der freien Gewerkschaften der Freien Stadt Danzig

L. A. E. Werner.

17622

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit so zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten sprechen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere unsern Herren Chefs, dem Vorstand der Friedr.-Wilhelm-Schützenbruderschaft, den Herren Sängern und Musikern auf diesem Wege unsern aufrichtigsten Dank aus.

Danzig, den 3. Mai 1925.

Otto Haselau und Frau
Johanna geb. Ratkowski

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Dienstag, den 5. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Gastspiel der „Danziger Tanzkultur“
Tanzdichtungen

nach
Beer Gynt

in 2 Teilen und 17 Bildern.
Musik von Edoard Grieg u. a.
Musikalische Leitung: Robert Koller
(Stadttheater-Orchester).
Inspektion: Emil Werner.

Anfang 7 1/2 Uhr Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Dauer-
karten Serie II. Zum 1. Male. „Der Kammer-
jänger“. Hieran: „Fräulein Julie“.
Donnerstag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr. Dauer-
karten haben keine Gültigkeit. „Orpheus in
der Unterwelt“. Operette in 4 Bildern von
J. Offenbach.

BARUM

Täglich 8 Uhr:

Das fabelhafte
Barum-Programm

Barums Riesenerfolg

Verlängerung des Danziger Gastspiels
wegen tägl. ausverk. Häusern bis inkl.
Montag, den 11. Mai.

Eine weitere Verlängerung ist unseres
Königsberger Gastspiels wegen leider
unmöglich

Achtung! Zirkusbesucher!

Da tägl. abends Hunderte umkehren müssen,
die keinen Einlaß mehr finden, bitten wir das
werte Publikum, sich einige Tage vorher die
Karten im Stadt-Vorverkauf Holzmarkt 19,
Zigarrenh. Lübke u. a. d. Zirkuskass. zu lösen

Morgen, Mittwoch 3 30 Uhr

Vorstellung mit den
50 Quo-vadis-Löwen
Kinder zahlen halbe Preise!

Motorrad

Sanderer, 4 PS., zu
verf. Sundeasse 1b.
Piano, kreuzsaitig,
schwarz, fast neu, für
1300 Gld. zu verkauf.
Sundeasse 69.

Bettgestelle,
Stück 55 G., Schläf-
sofa, Plüsch, 58 G.,
Ausziehtische, 65 und
45 G., Stuhltische, 30
u. 15 G., Paneelbrett,
18 G., Stühle, Chaise-
longues, 65 G. zu verk.
Sundeasse 69, part.

Alte Geige mit Kästen
für 40 G. zu verkauf.
Häfergasse 6, 1, bei
Frau Schippling.

Rähmaschine

zu verkaufen
Littadie 22, 3 St.

Al. Elektromotor
mit Anlasser billig zu
verkaufen (3003)
Johannissgasse 8, part.

Gutfingend. Stieglitz
zu kaufen gei. (2911)
Ang. mit Preis unter
B. 3032 an die Exped.

Jung. Friseurgehilf.
Bittl sofort ein (2983)
Johs. Arends,
Tischlergasse 35.

Berh. Mann, gelernt.
Schlöfer, (2972)
sucht Beschäftigung
gleich mögl. Art. Dii.
u. 3038 an die Exped.

Tanische
m. junger Wohnna,
Küche, Stube, Kab.,
mit sehr groß. Neben-
gelass in Stadtgebiet
gegen gleich od. groß.
in Schilf- oder Ren-
garten. Ang. u. B. 3037
an die Exp. d. Volksst.

Sauberes, freundliches
möbliert. Zimmer,
bei Eingang. Baum-
gartische Gasse 6, 1.
Vorderhaus. (2989)

Zwei leere Zimmer
mit Küche sofort billig
zu vermieten. (2984)
Fenster 2, 1 r.

Möbliertes Zimmer
mit besonder. Eingang zu
vermieten. Neumann,
Ritterstraße 31. (3018)

Zimmer

für jungen Mann frei
Säfergasse 6. (3000)

Junge Leute finden
saubere Schlafstelle
Laugenergasse 7, 1 St.

Schneiderin
empfiehlt sich, Kostüme
von 10 G., Mäntel von
8 G., Damenkleider v.
5 G., Kinderkleid. von
2 G. an, auch Ansteh-
fächer zu nähen. (2990)
A. Wessel, Dominik-
wall 12, Obergebäude,
4 Treppen.

Bugarbeiterin

arbeitet Sommerzeit,
a. Norderbänken, Kan.
u. Bitt. Die Arb. i. jed.
St. beträgt 1 Gulden.
Stäwe, Böttchera 11, 2.

Stiefenplatten

Verstärkter,
Büdlich u. Monar.
werd. sauber u. schnell
geht. (3001)
Japansgasse 31, 2.

Küche wird saub. ge-
wasch. im freien ger.
u. auf Wunsch geputzt.
Ella Dorfel, Langgar-
ten 2, Hinterh. 1 St.
Dai. Erdmännel a. d.

Stickerarbeiten

auch außer dem Hause
werden sauber, schnell
und billig angefertigt
Lobnigasse 21, Sei.

Rohrstühle

werd. sauber u. billig
eingelassen (3002)
Geisual Lobnigasse.

Wäsche

wird sauber gewaschen.
Fr. Sperber,
Gr. Schwabenstraße 3.

Ranzensiegel

entfalten.
Niederbringer erhält
gute Belohnung. (2987)
A. Zeig, Sundeasse-
gasse 10/11, 2.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Rückgabe von Sicherheiten.

Wir fordern hiermit auf, die bei der Staats-
hauptkasse, der städtischen Hinterlegungskasse und
der Kasse des städtischen Betriebsamtes als
Sicherheit hinterlegten und auf Papiermark
lautenden Wertpapiere und Sparkassenbücher
alsbald - spätestens jedoch bis 20. Mai 1925 -
gegen Quittung und Rückgabe des Hinterlegungs-
scheines abzuholen.

Diese Aufforderung ergeht im Interesse der
Sinterleger, um diesen die Möglichkeit der
Geltendmachung von Aufwertungsansprüchen
zu geben.

Danzig, den 4. Mai 1925. (17649)
Der Senat. Finanzabteilung.

Für den Jächkentaler-Weg zwischen Café
Schroder und Königshöhe haben wir nach An-
forderung des Baupolizeamts im Einvernehmen
mit der Verfassung der Stadtbürgerwehr
einen Flächenstreifen aufgestellt, der vom Er-
scheinung dieser Bekanntmachung ab in unserem
Stadterweiterungsamt (Katholisches Pfarramt,
Mittelgebäude, Zimmer 55) während der Dienst-
stunden 4 Wochen hindurch öffentlich ausliegt.
Einsendungen gegen diesen Plan sind inner-
halb der angegebenen Frist mündlich oder schriftlich
bei unserem Stadterweiterungsamt anzubringen.
Danzig, den 2. Mai 1925.

Der Senat (17648)
Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Re-
paratur soll in den nachfolgenden Straßen
mit der Verlegung der Tageswasserkanäle und
der Anschlußleitungen für die einzelnen Grund-
stücke alsbald begonnen werden:

Heubader Straße
Doggenpfaß von Ballplatz bis Katergasse
Fronengasse
Heiderstraße von der Weichsel auf 200 m
Langgasse

Unter Bezugnahme auf das Ortsstatut vom
1. August 1924, betreffend die Entwässerung
der Grundstücke, fordern wir daher die An-
wester in diesen Straßen auf, die notwendigen
Anträge für die Grundwasserentwässerung mög-
lichst umgehend dem städt. Kanalbauamt ein-
zureichen. Die Mäse sind bestimmungsgemäß
in zweifacher Ausfertigung, wovon eine Aus-
fertigung auf dauerhaftem Material (Panz-
erwand oder auf Zement aufgesetzene weiche
Lichtgasse) hergestellt sein muß, einzureichen.

Die nahe beieinanderliegenden Grundstücke
Regenabfuhr zweier Nachbargrundstücke können
bestimmungsgemäß zur Ersparnis von Kosten
gemeinsam durch eine einzige Anschlußleitung
an den Straßenwasserkanal angeschlossen
werden. Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch
gemacht, so ist die Einreichung einer schriftlichen
Berechnung mit dem Eigentümer des Nachbar-
grundstücks über die Anlegung der Sam- und
Ableitungsleitungen für die gemeinsame An-
schlußleitung unbedingt erforderlich. Die Bere-
chnung ist gleichzeitig mit den Zeichnungen
einzureichen.

Wir empfehlen ferner, bei Anlegung
der Entwässerungsanlage eine genügende In-
sulationstiefe zu berücksichtigen. (17648)
Städt. Kanalbauamt.

Empfehle meine

Reiß- und Nähmaschinen
sowie Gardinenapparate
Breitgasse 28, I

Abholer und Verkäufer auf Wunsch

Ed. Dreierle | **Rohrstühle**
mit besten Holz zu noch sauber u. schnell
arbeiten (2987)
Sundeasse 21, u. 11, Sundeasse 21, 2 St.

SIL
Das prachtvollste Schneeweiß
wagt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seife wäscht, entfettet die unempfindlichen
— OHNE CHLOR —

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Abt. für Soziales und Medicinales
Gesundheitsverwaltung

Region der
Mutterschulcourse
am Montag, den 4. Mai d. J. ver-
mittags 12 Uhr, im Lehrsaal der Ge-
sundheitsverwaltung, Sundeasse Nr. 4 a.
Beitrag 5 G. für Unbemittelte kostenlos.
Mündliche oder schriftliche Anmeldungen
für Vor- bzw. Nachmittagskurse werden
abends (1. Stock, Zimmer 15) von ver-
mittags 9 bis 2 Uhr nachmittags ent-
gegengenommen.

Ein Begleiter Sportfliegern
mit 6 Zylinder Motor, 1000 ccm, 100 km/h,
ausland. Schiffschraube 1100 ccm, 100 km/h,
Nr. 11, 2 St., Sundeasse 21, 2 St.

Blendax
Schwarz Reinig-Pulver
Alles
Blitzblank

Damen-Schirme
a. Herren-
Schirmfabrik, sehr
billig zu verk. (17371)
Lang. Schirmfabrik,
Foggenpfaß 11,
Gegründet 1885.

**Eber- und Gebel-
Schreibtisch,
Chaiselonge,
Sofa**
billig zu verk. (17371)
Neuerbergstraße 2, 1 St.

Gerne-Schreib
u. Arzteil u. Nadeln,
billig zu verk. (17371)
Fischerstraße 11,
Tippel. (17371)

Wiederherst. bill. u. schnell,
Ersatzteil. 2 von 100
für Herrenschirme, 2 für
Damen zu verk. (17371)
Tel. Danzig, S. St. 1

Winkel
mit u. schraubt. oval.
Schiffschraube 11,
Nr. 11, 2 St., Sundeasse 21, 2 St.

2 Submittel
mit 1000 ccm Motor,
Nr. 11, 2 St., Sundeasse 21, 2 St.

Schiffbrücken
mit 1000 ccm Motor,
Nr. 11, 2 St., Sundeasse 21, 2 St.

Ein Kinderstühlchen,
aus Eichen,
ein Juchenspiegel
zu verk. Sundeasse 21,
Sundeasse, part.

Sportfliegern
mit 6 Zylinder
Motor, 1000 ccm,
100 km/h, ausland.
Schiffschraube 1100 ccm,
100 km/h, Nr. 11, 2 St.,
Sundeasse 21, 2 St.

U.T. LICHT-SPIELE
Am Hauptbahnhof
Nur noch bis einsch. Donnerstag!
„Die Tragödie eines Verbannten“
Das Schicksal des groß. italienischen Dichters
Dante. Der Prunkfilm allerersten Ranges.
Große Massenszenen.
Herrliche Aufnahmen aus Italien (Rom,
Florenz, Ravenna usw.) - Ferner:
Ein selten guter Film:
„Der behexte Neptun“
Wassersport-Lustspiel in 5 Akten mit
Paul Heidemann, Willi Kaiser-Heyl,
Julius Falkenstein, Erna Bogner
Es so lange entbehrtes und so oft beehrtes
deutsches Lustspiel mit entzückenden
Büchern vom Rudern, Segeln, Paddeln un-
Schwimmen. Das flotte Spiel, die hübsche
Handlung und der prickelnde Humor ent-
fesseln täglich w-hre Lachsalven
Verführung 4, 6, 8 Uhr | Juwendl. che 4 u. 6 Uhr
Sommerpreise Halbe Preise
Voranzeige: Ab Freitag, den 8. Mai 1925
Das Doppel-Schlag-Programm
„Die gefundene Braut“
Lustspiel in 5 Akten
„Der Überfall auf die Yokohama-Bank“
Drama in 6 Akten mit natürlichen Sensationen

Flamingo Bühne und Film
Junkerstraße 7 Tel. 6910
Die letzten 3 Tage. (17648)
Vermißte Töchter!
Mädchenhandel!
Es ist uns gelungen, einen hervorragenden,
bedruckten Film zu bekommen, der holländ.
den vielen Mädchen die **Augen öffnen** und
Siewarzen wird vor jenen Kreaturen, die
sich ihnen im Gewand **eleganter Damen**
und Herren mit **verlockenden** Ver-
sprechungen nähern, um sie vom rechten
Wege abzulenken. Dieser Film heißt:
Vermißte Töchter!
Ein Spiegelbild des internationalen Mädchen-
handels in 7 Akten
Außerdem das große lustige Beiprogramm:
1. **Queenie und der Hufschmied**
2. **Akte mit dem Wunderpferd „Queenie“**
3. **Harry heiratet:**
2 Akte mit Harry Sweet
4. **Buster Keaton**
5. **beißt die blutige Hand**
2 Akte m. Buster Keaton u. der aktuelle Film
6. **Hänsel und Gretel**
7. **der neue Reichspräsident**
Einer aus dem Leben des Reichspräsidenten
Die erste Originalaufnahme für Danzig
Ab heute **Kapelle Fuchs** in aller Güte.
Bitte beachten Sie die Antritts-Vorstellung.
— Sommerpreise. —
Lustige
Handarbeiten
jeder Art werden an-
genommen, auch Haus-
arbeiten, jeder gleiche
oder ungleiche, Kleider,
Küchen, Boden, Stoffe,
Nr. 115, 1 St., Sundeasse 21, 2 St.

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Voik und Zeit“ 20 Pfennig

Organ für die werklätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 103

Dienstag, den 5. Mai 1925

16. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 0,60 Gulden.
Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die Seite 0,30 Gulden, Rest-
stammsche 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Tarif.

Geschäftsstelle Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 120
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckerei 3290

Ein Danziger Briand?

Partei Gründungsversuche Wilhelm Rahns.

E. L. Danzig, den 5. Mai 1925.

Einer der bekanntesten aber auch unerfreulichsten Erscheinungen der französischen Politik der letzten Jahrzehnte ist der jetzige französische Minister des Äußeren Aristide Briand. Ein Mann von zweifellos hoher Intelligenz, der gewandteste Parlamentarier, der geschickteste Redner und ein Politiker, dem es gelungen ist, manches gefahrvolle und diplomatische Werk zu vollbringen, was anderen vor ihm nicht gelungen war. Dennoch, als nach dem Sturz Herrris vor einigen Wochen der Präsident der französischen Republik diesen Briand mit der Kabinettsbildung beauftragte, erklärte er, dass er die französische Sozialisten, die sie unter keinen Umständen einem Kabinettsmitglied mit Briand an der Spitze ihre Unterstützung geben würden. Sie verkennen auf keinen Fall die politischen Fähigkeiten dieses Mannes. Aber so groß diese auch sein mögen, so groß zum mindesten ist auch seine politische Charakterlosigkeit. Bei Briand geht es niemals um eine Partei oder um eine Idee, sondern stets nur um seine Person. Er begann seine politische Laufbahn als radikaler Sozialdemokrat. Als er sich als solcher einen genügenden Namen gemacht hatte, verließ er die Partei um die Jahrhundertwende, weil er durchs Minister werden wollte. Das ist ihm auch in den späteren Jahren häufig genug gelungen. Er war skrupellos in der Wahl seiner Mittel, um zur Macht zu gelangen. Bringt es ihm persönlichen Vorteil, so kann er heute das verdammte, was er noch gestern angebetet hat. Als Minister und Ministerpräsident war er der brutalste Unterdrücker der Arbeiterpartei. War er aber gezwungen, wieder in Oppositionstellung gegen eine andere bürgerliche Regierung zu gehen, so konnte er auch den Radikalen mimen, der durch seine schillernden radikalen Vorträge dann die tatsächliche und ehrliche Opposition der Sozialdemokratie weit übertrumpfte und damit immerhin wieder sozial Volksgenossen betörte, das er stets wieder zum Deputierten gewählt wurde. Seit dieser Briand, wie selten ein Politiker, nur den einen Grund hat, persönliche Macht und weil er häufig genug hohnschelnd über die Männer mit festen politischen Grundrissen Weltanschauungen und Programmen hinweggeschritten ist, weil ihn der politische Kampf unserer Tage nicht als ein Ringen der verschiedensten Bevölkerungsklassen um die Macht im Staate erscheint, sondern nur als ein willkürliches Mittel zur Befriedigung persönlicher Ehrgeizes, darum lehnte er die Klassenbewusste französische Arbeiterpartei ab, diesem Mann die Geschicke ihres Landes anzuvertrauen.

In Danzig versucht Wilhelm Rahn Briand zu kopieren. Wie sich dieser bisher nie in einer der großen französischen Parteien wohl fühlte, weil sich diese auf die Dauer eine Diktatur Briands nicht gefallen ließen, so suchte Wilhelm Rahn sein Verhältnis zu den sozialistischen Parteien in Danzig. Sie dienen ihm genau wie Briand immer nur als Sprungbrett für persönliche Macht, das er skrupellos beiseite warf, wenn es seinen Zweck erfüllt hat. Man halte sich einmal Rahns Parteizugehörigkeit vor Augen und man gewinnt ein Bild der Heuchelei, gegen das selbst der vielfarbige Meister Briand nur wie ein einfaches Schema wirkt. Rahn trat nach der Revolution 1918 der Sozialdemokratischen Partei bei. Damit erkannte er auch deren Kriegs- und Revolutionspolitik an. Wenn er die Sozialdemokratie nach einigen Wochen doch verließ und zu den damaligen Unabhängigen übertrat, so nur deshalb, weil man ihm in der S.P.D. kein Mandat für die preussische noch deutsche Nationalversammlung gab. Auf der U.S.F.-Liste wurde er aufgestellt, ohne das er allerdings gewählt wurde. 1920 ging er mit dem linken Flügel der U.S.F. zu den Kommunisten über, da diese damals die ausichtsreichste Oppositionspartei schienen. Aber die Weltrevolution kam nicht und die K.P.D. hatte damit für Rahn ihren Zweck verloren. Die Folge war Austritt aus der K.P.D. und mehrmonatliches Spiel mit einer Fraktion Rahn im Reichstag. Vor den letzten Volksstagswahlen kam Rahn wie ein befehrter Sinder zur Sozialdemokratie zurück und wurde als solcher wieder Reichstagsabgeordneter. Damit aber hatte auch die S.P.D. ihren Zweck wieder für ihn erreicht und so verließ er vor einigen Monaten aus dem zweiten und letzten Mal.

Wir hätten diesen Fall Rahn nicht aufs neue aufgerollt, wenn Rahn sich nicht in den letzten Wochen bemüht gefühlt hätte, es wieder einmal mit der Gründung einer eigenen Partei zu versuchen. Als er im März die Sozialdemokratie verließ, wurde Rahn von mehreren Mitgliedern der Danziger Sozialistischen Partei als der zukünftige Stützpunkt dieser Danziger Gruppe gefeiert. Es gab ja auch eine völlige Übereinstimmung zwischen der Hausbesitzerpartei und Rahn im Kampf gegen das Wohnungsgesetz, das sie beide für die Überlastung der vollen Friedenszeit an die Hauswirte eintraten. Über diese Mäzlie zwischen beiden ist bei fortwährendem Frühling anziehend in die Brüche gegangen. Rahn versucht nunmehr die Gründung einer eigenen Partei. Hatte er sich darauf beschränkt, ein paar Getreue aus dem Kaiser-Café um sich zu sammeln, wir hätten ihm dieses harmlose Vergnügen nicht über genommen. Hatte es in Deutschland sogar eine Partei des Wunderwunders Häuser gegeben, warum sollten nicht auch einige Leute, die bisher als „Ebel-Anarchisten“, „gehrige Kommunisten“, „sozialistische Demokraten“ aber heiliche nicht Sozialdemokraten, das ist zu präzisieren, „Radikal-Fazisten“ im Kaiser-Café und sonstwo hundenlang debattierten und alles kritisierten, sich Wilhelm Rahn nicht als Führer der Partei der Parteilofer erwählt haben? Wilhelm Rahn nimmt zwar die Cobdenisten dieser Kaiser-Café-Radikale gern entgegen; in im übrigen aber flug genau, um nicht zu wissen, das diese Leute ihm keine Macht verschaffen können. Die aber braucht er, wenn er im politischen Kampf eine Rolle spielen will.

Den Schemel zu einem neuen Thron für Wilhelm Rahn ist die Danziger Arbeiterpartei bilden. Notwendig ist in diesem Fall, das man sich als Sozialist ansieht. Das geschah denn auch in einer Sitzung, zu der Rahn keine Getreuen in der vorigen Woche zusammenberufen hatte, um eine Un-

abhängige sozialistische Partei zu bilden. Bei der Mat-Demonstration wurden Handzettel verteilt, durch welche Rahn die Arbeiterpartei zur Teilnahme an einer Gründungsversammlung für seine neue Partei einlud. Außerdem wandte man sich in den letzten Tagen an mehrere unserer Abgeordneten im Reichstag, um diese zum Uebertritt in die Partei und vor allem Fraktion Rahn zu gewinnen. Bistores ist nämlich die Hauptsache. Ein Mann wie Rahn will sich natürlich nicht damit zufrieden geben, im Reichstag nur die Rolle als „Wilder“ zu spielen, sondern er will Fraktionsführer sein. Und er hofft, das er unzufriedene Elemente, die es ja schließlich überall gibt, durch den Glanz seines Namens an sich zieht und dann eine sieben Mann starke Fraktion bilden kann. Gelingt ihm das, so ist die neue Partei, wenigstens bis zu den Wahlen, nicht unbedingt notwendig. Immerhin nimmt man es als Fraktionsführer gern mit, wenn man bei Verhandlungen den Gegner auch auf die hinter einem stehenden Waffen außerhalb des Parlaments hinweisen kann. Die Danziger Arbeiterpartei aber wird sich zu gut dünken, um als Schemel und Staffage für die Machtgelüste Wilhelm Rahns zu dienen. Wir haben acht Leidensjahre in der deutschen Arbeiterbewegung hinter uns, die deshalb so bitter waren, weil die ein in einige deutsche Arbeiterpartei in mehrere Parteien zerfallen war. Das Gros der deutschen Arbeiterpartei hat deshalb auch eingesehen, wie sehr es sich selbst durch die Zerstückelung schwächt. Die Vereinigung der S.P.D. und U.S.F. vor drei Jahren war auf diese Erkenntnis zurückzuführen. Überall steht heute die Entwicklung dahin, die Kräfte zu konzentrieren. Selbst die Kommunisten blauen die Einigungsbedenken und wollen vorerst ihre Moskauer Gewerkschaften mit der Arbeiterpartei internationaler verschmelzen. Eine der bolschewistischen Größen, Kamenew, erklärt heute sogar die K.P.D. für überflüssig, nachdem die Weltrevolution doch nicht so schnell in Erfüllung gegangen sei, wie man es ursprünglich gedacht habe. Was dies bei den Kommunisten auch nur ein taktisches Manöver sein, so zeigt es andererseits doch, wie stark der Einigungsgedanke heute die Arbeiterpartei beherrsicht. Und während die Röh und Klawitzer in Danzig das Unternehmertum zum Sturm auf die wünschende Rechte der Arbeiterpartei sammeln, will Rahn neue Zerstückelung in die Reihen der Arbeiterpartei tragen. Wir glauben, das die schwer genug gekräftigte Arbeiterpartei Danzigs Wilhelm Rahn die nötige Antwort auf seine Zerstückelungsversuche geben wird und ihn mit einem Lüden von Querulanten und Kaffeekauspolitikern allein lässt. Es steht für die Danziger Arbeiterpartei zu viel auf dem Spiele, als das wir uns hier das Schauspiel Briand nochmals durch Wilhelm Rahn vorführen lassen.

Bedrohende Landtagsauflösung in Preußen.

Am Montag fand im Preussischen Landtage eine interfraktionelle Sitzung der drei preussischen Parteien statt, an der auch der Ministerpräsident Otto Braun teilnahm. Es bestand bei allen Beteiligten volle Einmütigkeit darüber, das endlich auch in Preußen klare Verhältnisse geschaffen und die Zeit der ewigen Regierungsfriren beendet werden müsse. Bleibt die Regierung bei der Abtunung am Freitag in der Minderheit, so muß nach einmütiger Auffassung der Ausschüsse über die Auflösung des Landtags entschieden werden. Der preussische Ministerpräsident schloß sich der Auffassung des Ausschusses an und teilte mit, das der Auflösungsentscheid Ministerpräsident Braun, Land-

Sieg des Linksblocks in Frankreich.

Die Gemeindevahlen brachten sowohl Reaktionären als auch Kommunisten große Verluste.

Nach einer am Montag abend um 7 Uhr vom Ministerium des Innern herausgegebenen amtlichen Statistik hat der erste Wahlgang der Gemeindevahlen in 181 von insgesamt 385 Kreiswahlbezirken die endgültige Entscheidung gebracht. In 201 Städten ist die Stichwahl entscheidend für die endgültige Zusammenziehung des Gemeinderates. In den 181 bereits endgültig gewählten Gemeinderäten haben die absolute Mehrheit errungen: Die Sozialisten in 15 (+ 9), die Republikanischen Sozialisten in 5 (+ 1), die Radikal-Sozialisten in 93 (+ 8), die Radikalen Republikaner in 8 (+ 2), die Linksbündler in 25 (+ 14), die Nationalrepublikaner in 20 (+ 8), die Konservativen in 6 (+ 4), die Kommunisten in 6 (0).

Demnach hat das Kartell bereits im ersten Wahlgang in 28 Gemeinden die bisherigen reaktionären und gemäßigten republikanischen Mehrheiten zu verdrängen vermocht. In 20 größeren Städten, in denen das Kartell bereits im ersten Wahlgang gesiegt hat, gehören Rennes, Clermont-Ferrand, Bayonne, Rochefort und Caen. Einen besonders hartnäckigen Widerstand haben die Linksparteien in Elbogen errungen. In die Parteien dort vielfach den Wahlkampf getrennt geführt haben, wird sich dieser Erfolg allerdings erst in der Stichwahl auswirken.

Wenn auch noch immer zahlreiche Ergebnisse der Gemeindevahlen ausstehen und die große Zahl der erforderlichen Stichwahlen noch nicht ermöglichen, das Ergebnis der Wahlen vom Sonntag ziffernmäßig genau zu erörtern, so steht doch der entscheidende Sieg, den in ganz Frankreich die Parteien der Linken errungen haben, bereits außer Zweifel. Nach einer vorläufigen Statistik haben von den 181 Städten und großen Gemeinden mit dem Sieg einer Fraktion oder Unterfraktion bereits in 15 die Sozialisten, in 4 die republikanischen Sozialisten, in 91 die Radikal-Sozialisten und in 8 die Radikale Linke die Mehrheit. Das macht 118 Gemeinden, in denen sich das Kartell den entscheidenden Einfluß auf die Leitung der städtischen Politik zu sichern vermocht hat gegen 21 Gemeinden, in denen die gemäßigten Republikaner und 5 in denen die Rechte die Mehrheit erlangt haben. Auch in Paris selbst ist die Lage für das Kartell weit besser, als nach den ersten Ergebnissen zu erwarten war. In den 3 Bezirken, in denen bereits der erste Wahlgang entscheidend

tagspräsident Bartels und Staatsratspräsident Dr. Udenauer) am Freitag zusammentreten und im gegebenen Falle unverzüglich die Auflösung vornehmen werde.

Amerika und Europas Wiederaufbau.

Eine Ohrseige für Hindenburg und Voicarcé.

Der amerikanische Botschafter Houghton in London hielt gestern bei einem ihm zu Ehren gegebenen Pilgrimessen eine Rede, in der er u. a. erklärte: Die herzlichsten Beziehungen zwischen den englischsprechenden Völkern seien eine Garantie für eine bessere und glücklichere Welt. Dem Problem des Wiederaufbaues in Europa stehe das amerikanische Volk in einem ähnlichen Geiste wie die europäischen Völker gegenüber. Im letzten Jahre sei bei dem Werke des Wiederaufbaues ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden, doch bleibe noch viel zu tun übrig, was eben so schwierig sei, wie das bisher Vollbrachte. Vor allem gehöre dazu eine Neuerung der Verfassung. Der Frieden könne nicht von außen kommen, er muß von innen kommen. Amerika habe die Folgen, die der Krieg in Europa gehabt habe, mit Anteilnahme und mit dem ehrlichen Wunsch zu helfen betrachtet. Als praktisch-Versteher hätten die Amerikaner ihre Ersparnisse für den Wiederaufbau der europäischen Mächte gegeben, weil sie gewußt hätten, das diese Mächte auf andere Weise nicht wieder hergestellt werden könnten. Aber Amerika habe niemals gewünscht, das es Grenzen gibt, über die seine Hilfe nicht hinausgehen könne. Das volle Maß dieser Hilfe kann nur verlangt werden, wenn das amerikanische Volk sicher sei, das die Zeit der Zerstückelungsmethoden in der Politik vorüber ist und die Zeit für einen friedlichen Aufbau gekommen sei. Das amerikanische Volk fragt sich, ob die Zeit tatsächlich gekommen sei. Die Antwort müsse aus Europa kommen. Wenn sie auf Frieden laute, könne man sicher sein, das Amerika mit äußerster Großzügigkeit helfen werde. Wenn sie aber weiterhin unklar und zweideutig sei, dann fürchte er, das die gegenwärtigen Hilfsmaßnahmen unvermeidlich anführen müssen. Er denke hierbei nicht an eine bestimmte Nation, sondern an eine Lage, in der alle in gleicher Weise beteiligt seien. Amerika wünsche sich nicht in die Einzelheiten der Durchführung dieses Problems einzumischen, da seine geographische Lage es davon betreite.

Völkerbund und Garantiepakt.

Im englischen Parlament richtete der liberale Abgeordnete Captain Wedgwood Benn an Chamberlain die Frage, ob die Abticht bestehe, den Fünfmächtepakt vor seiner endgültigen Annahme dem Völkerbundsrat zur Prüfung zu unterbreiten, ob der Pakt gemäß Artikel 18 der Völkerbundscharta im Sekretariat des Völkerbundes eingetragene und veröffentlicht werde und ob in dem Pakt Vorzüge getroffen werde, das die darin enthaltenen Garantieverpflichtungen erst in Kraft treten werden, nachdem der Völkerbundsrat oder eine andere unparteiische Körperlichkeit des Völkerbundes entschieden hat, welche Partei in irgendeinem etwa vorkommenden Streitigkeiten des Angriffs schuldig ist. Chamberlain antwortete: Es sei die Abticht der britischen Regierung, sich in diesem Falle wie in anderen Fällen strikte an die Vorschriften des Artikels 18 der Völkerbundscharta zu halten.

mar, hat zwar der Nationale Bloch seinen bisherigen Beschluß zu behaupten und 39 Kandidaten auf den den verschiedenen reaktionären und gemäßigten Gruppen gehörenden Listen gegen 8 Mitglieder des Kartells und 2 Kommunisten durchzubringen vermocht. Dagegen stehen die Kandidaten der Linksparteien für die Stichwahl durchweg sehr günstig, so das auch für Paris, das von jeder eine Hoheburg der Reaktion gewesen ist, eine nicht unbeträchtliche Verschiebung nach links zu erwarten ist.

Eines der bemerkenswerten Ergebnisse des Sonntag ist neben der Niederlage der Reaktion die Massenflucht der Arbeiterpartei aus den Reihen der Kommunisten, die eine neue vernichtende Schlappe erlitten haben. In Paris sind neue Stimmen von 131 386 am 11. Mai 1924 auf 96 789 zurückgegangen, während die sozialistische Liste mit 117 327 an 20000 neue Anhänger gewonnen hat. Noch empfindlicher ist die Niederlage der Kommunisten in den drei Pariser Banneile. Dort hatten sie bei den Kammerwahlen des vergangenen Jahres nicht unbeträchtliche Stimmenfolge zu erzielen vermocht, auf Grund derer sie sich zu der Hoffnung berechtigt glaubten, den größten Teil der von Arbeitern und Angestellten bewohnten Gemeinden der nächsten Umgebung der Hauptstadt zu erobern. Zeit Wochen hatte die „Humanité“ damit gepredigt, das die kommunistische Partei die Hauptstadt mit einem roten Kartell kommunistischer Gemeindevverwaltungen umgeben werde. Von Moskau war, was die intensive Kaitation der Kommunisten verraten hat, mit Geld und Propagandamaterial nicht gespart worden. Aber der erhoffte Erfolg ist ausbleiben, und auch in der Pariser Banneile haben die Kommunisten einen starken Rückgang an Stimmen zu verzeichnen, der ausschließlich dem Kartell und insbesondere den sozialistischen Kandidaten zugute gekommen ist. Der „Paris Soir“ mag nicht ganz Unrecht haben, wenn er diese neue schwere Niederlage des Kommunismus zu einem Teil auf die Wahlhilfe zurückführt, die die deutschen Kommunisten bei der Präsidentenwahl dem Kandidaten der Reaktion und des Militarismus geleistet haben, und als eine der ernstlichsten Ergebnisse der Wahl die Tatsache hinhält, das man in den Kreisen der französischen Arbeiterpartei endlich an begreifen beginnt, das der Kommunismus, sei es durch die Unmöglichkeit oder politischer Berechnung, der gefährlichste Bundesgenosse der Reaktion ist.

Danziger Nachrichten

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Stargard.

Das Ergebnis der polnischen Untersuchung.

Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig schreibt uns: Die verhängnisvolle Eisenbahnkatastrophe bei Stargard, in Kilometer 403,3/4 der Eisenbahnlinie Dirschau-Monik, wird von einigen Danziger Tagesblätter zum Gegenstand von Zeitungsartikeln und Korrespondenzen gemacht, die in je mancher Beziehung geeignet sind, die öffentliche Meinung irreführen, weil sie den tatsächlichen Sachverhalt nicht wahrheitsgetreu darstellen, ja sogar erdichtete Schilderungen enthalten.

Vor Abschluss der eingeleiteten eingehenden Erhebungen war es der Eisenbahnverwaltung nicht möglich, richtigstellend eingzugreifen, weil sie es als gänzlich unzulässig erachtete, den Ergebnissen der amtlichen Untersuchungen vorzugreifen. Da nunmehr die seit dem 1. Mai d. J. durch Vertreter der Gerichts-, Polizei- und Verwaltungsbehörden, ferner durch eine speziell zu diesem Zwecke gebildete eisenbahnministerielle Kommission an der Unfallstelle gepflogenen Erhebungen abgeschlossen sind, erachtet die Staatsbahndirektion es für ihre Pflicht, das Ergebnis der durchgeführten Erhebungen bekannt zu geben.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß die verhängnisvolle Entgleisung des Transitzugnummer Nr. 907 in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai d. J. das Werk eines wohl-durchdachten verbrecherischen Anschlages war, der darin bestand, daß zur Zeit noch nicht ermittelte Täter die Verbindung der beiden Schienenstränge des rechtsseitigen Gleises Szwarschin-Stargard durch Befestigung aller vier Kupplungs-laschen des Schienensteges in Kilometer 403,370 unterbrochen und sodann den Loke gemordeten, gegen Szwarschin zu liegenden Teil dieses Gleises mittels einer gewöhnlichen Wagenwinde und eines hölzernen Zwischenstückes, die sie einerseits an die rechte Schiene des linken Gleises und andererseits an die linke Schiene des rechten Gleises anlehnten, um zirka 8 Zentimeter aus seiner ursprünglichen Lage gegen die Dammböschung hinansgerückt hatten.

Daß nun der mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 80 Kilometer herankommende Schnellzug an dieser außer-Verband gebrochenen und aus ihrer normalen Lage hinausgehobenen Gleisstelle entgleisen mußte, ist ohne weiteres einleuchtend.

Die zu dieser verbrecherischen Handlung benutzte Wagenwinde ist in dem benachbarten Jungwalde unter trockenem Graze und Kiefernzweigen versteckt ermittelt worden. Soweit davon lagen drei der befestigten vier Kupplungslaschen, ferner einige der zugehörigen Kupplungsschrauben und auch das zur Hinausrückung des Gleises benutzte hölzerne Zwischenstück.

Die Erhebungen haben ferner ergeben, daß die betreffende Winde sowie das hölzerne Zwischenstück aus einem benachbarten Gutshofe entwendet wurden.

Eine jede mit der vorstehenden Darstellung nicht im Einklang stehende Angabe über die Ursachen der Katastrophe ist erdichtet. Insbesondere gehören Erzählungen von schlechter Beschaffenheit des Bahndammes, womit dem Zustande der Bahnschwellen, angeblichen Mängeln des Lokomotivpersonals über schlechte Lage des Oberbaues, ja sogar Verletzung der Lokomotivführer, diese Strecke zu befahren, in das Gebiet böswilliger Erfindungen.

Soweit die polnische Eisenbahnverwaltung, die ein großes Interesse daran hat, die Katastrophe auf einen verbrecherischen Anschlag zurückzuführen, da dies für die Entschuldigungsansprüche von erheblicher Bedeutung ist. Ein Attentat liegt im Bereich der Möglichkeit; aber ebenso gut ist es möglich, daß die Nichtinstandhaltung der Gleisanlagen die Ursache des Kistenunglücks ist.

9. Zeile

Bei dem Stargarder Eisenbahnunglück sind 29 Personen ums Leben gekommen, deren Rekonvaleszenz nunmehr erfolgt ist. Die Diensthrau Martha Bukström aus Schneidemühl ist die bisher noch unbekanntere Tote. Von den Schwerverletzten ist noch Professor Max Hündel aus Elbing und Kaufmann Segor aus Miga im Dirschau Krankenhaus gestorben. Im Dirschau Krankenhaus befinden sich noch zwei verletzte Frauen und vier Männer, darunter der polnische Lokomotivführer.

Polen will nicht Entschuldigungen zahlen.

Von ganz besonderer Bedeutung scheint die Unterredung des polnischen Eisenbahnministers Czerwinski mit einem polnischen Journalisten zu sein, in der der Minister in ganz klarer Form seine Stellung zur Schuldfrage der dem Eisenbahnunglück zu erkennen gibt. Der Minister betont, daß für ihn die Tatsache des Attentats unweifelhaft sei. Man habe Versuche, z. B. eine Wunde französischer Kobrakation im Walde verdeckt gefunden, die zur Lösung der Schienen benutzt wären. Die deutschen anderslautenden Erklärungen bezeichnet der Minister als Freymauerwerk. Besonders wichtig erscheint es aber, daß der Minister zum Schluß seiner Ausführungen erklärt: In diesem Falle habe eine höhere Gewalt im wahrsten Sinne gewirkt und daher sei man zur Zahlung von Entschuldigungen nicht verpflichtet. Sollte daher die Attentatsklärung kommen?

Nippenfahrt nach dem Rhein.

50 Prozent Fahrpreisermäßigung.

Am in den Tagen des 30. Juni, 1. oder 2. Juli mit 50 Prozent Preisermäßigung ablaufender Sonderzug nach dem Rhein kann von der Reichsbahndirektion nur dann gestellt werden, wenn seitens des Antragstellers der Verkauf von mindestens 100 Karten 2. Klasse garantiert wird. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt von Königsberg über Berlin-Hannover-Osnabrück-Düsseldorf-Köln unter Einrechnung der am 1. Mai eintretenden allgemeinen Tarifherabsetzung von 10 Prozent beträgt 28 Mark, wobei die Hin- und Rückfahrt mit dem Sonderzug angetreten werden muß, die Rückfahrt dagegen mit jedem beliebigen D-Zug innerhalb zwei Monaten erfolgen kann. Kinder unter vier Jahren frei für Kinder unter zehn Jahren ist nur die Hälfte des obigen Fahrpreises zu entrichten.

Die Danziger, die sich an dieser Fahrt beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich bei dem Vorsitzenden des Rheinländervereins, Herrn Schleifling, Danzig, Danzigerstr. 1, anzumelden. Bei genügender Teilnahme wird ein Sonderzug für die Danziger beantragt, anderenfalls werden sie für den Sondersonderzug von Marienburg abgemeldet.

Abbruch der Schienenwerks Hochspannungsleitung. Die Hochspannungsleitung der Schienenwerk Balkan-Danzig ist nunmehr auf der Strecke Christenhopf bei Schiditz, und zwar da, wo die Leitung die Gasse nach Koschken überquert, bis zur Schienenwerk abmontiert worden. Die Luft-

Protest der Danziger Eisenbahner.

In einer Protestversammlung hatten gestern nachmittag die drei Verbände der Eisenbahner, die Gewerkschaft der Eisenbahnbeamten und -anwärter im Gebiet der Freien Stadt Danzig, der deutsche Eisenbahnverband, Ortsgruppe Danzig und die Gewerkschaft christlicher Eisenbahnbeamten aufgerufen. Die Versammlung fand im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, statt und richtete sich gegen sieben von dem polnischen Eisenbahnverband anlässlich seiner Delegierten-Versammlung und Fahnenweihe am 19. und 20. April gestellten Forderungen. Die Forderungen der polnischen Berufsorganisation, die in der Öffentlichkeit bereits lebhaften Widerspruch herausforderten, dürften unseren Lesern noch in Erinnerung sein. Sie verlangten unter anderem, daß bei allen Rechnern im Gebiet des Freistaates mindestens die Hälfte polnischer Beamten amtiert, in leitenden Stellen sogar nur Polen, und daß in den Prüfungskommissionen mindestens zur Hälfte Polen sitzen.

Der Versammlungsleiter Zwada gedachte zuerst der Opfer der Stargarder Eisenbahnkatastrophe, zu deren Ehre sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. In seinen ausführlichen Referat beschäftigte er sich dann mit den polnischen Forderungen. Diese händen im Widerspruch zu dem Versailler Friedensvertrag, der Danzig-polnischen Eisenbahnkonvention, dem deutschen Beamtenabkommen und den Entscheidungen des hohen Kommissars des Völkerbundes, nach denen polnische Eisenbahner nur dann eingestellt werden dürfen, wenn Danziger nicht in genügender Maße vorhanden sind. Bei Neuabsetzung von Dienststellen sollen in erster Linie die Angehörigen der Danziger Eisenbahner, die sich dem gleichen Berufe widmen wollen, berücksichtigt werden. Des öfteren hätten die leitenden Beamten der polnischen Staatsbahn die Danziger Eisenbahner ihrer gewöhnlichsten Pflichterfüllung und ihres lokalen Verhaltens wegen gelobt, jedoch verkannt, ihren Pflichten gegenüber den Danziger Eisenbahnern in jedem Falle nachzukommen.

In Hand von Zahlen bewies der Redner, daß bei Neu-einstellungen, Ernennungen und Beförderungen polnische Beamte dem Danziger weit über das zuzulässige Maß hinaus vorgezogen werden, während bei Entlassungen fast nur Danziger in Frage kämen. Trotzdem die Staatsbahn im Freistaat Deutsch ist, verlange die Staatsbahndirektion von jedem Beamten und Arbeiter die Beherrschung der Polnischen, ungeachtet dessen, daß die meisten Eisenbahnbediensteten mit dem Publikum gar nicht in Berührung kommen. Die Danziger Eisenbahner hätten sich nie dagegen getraut, vollständig zu lernen, je sogar selbst Sprachkurse eingerichtet, sie müßten jedoch gegen das rückwärtslose Vorgehen der Staatsbahndirektion sich mit allen Mitteln wehren.

Die Forderungen der polnischen Berufsorganisationen seien in Gegenwart höchster polnischer Eisenbahnämter gestellt worden. Diese hätten die Unterstützung seitens der Staatsbahndirektion angefordert. Man sehe hieraus also, daß man es nicht etwa nur mit dem kleinen Häuflein des polnischen Eisenbahnverbandes, sondern mit der Staatsbahndirektion selbst zu tun habe. Deshalb sei schärfer Protest gegen alle Uebergriffe seitens der polnischen Kollegen und Vorgesetzten notwendig.

Die Vertreter des Deutschen Eisenbahnverbandes, Ortsgruppe Danzig, Wenz. Roggenbuck, und der christlichen Gewerkschaften, Klein, äußerten sich im gleichen Sinne.

Am Auftrage des Präsidenten der Eisenbahndirektion erging hieran Eisenbahnratsrat Vironski, das Wort. Er erklärte zunächst, daß die Staatsbahndirektion auf die Forderungen der polnischen Berufsorganisation keinen Einfluß ausüben könne. In den Forderungen selbst hätte die Direktion selbst noch keine Stellung genommen, da man

diese erst am 2. Mai zur Kenntnis genommen hätte, jedoch würde diese Stellungnahme nur streng im Rahmen der bestehenden Verträge erfolgen. Es liege für die Danziger Beamten kein Grund zur Beunruhigung vor. Alle ihre Wünsche würden seitens der Eisenbahndirektion mit der gleichen Sachlichkeit, die den polnischen Forderungen gegenüber angewendet würden, geprüft, das Beweise der Unstufung, daß bisher kein größerer Streitfall zwischen dem Senat und der Direktion zu läßtlichen gewesen sei.

Nachdem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Danziger Beamtenbundes und der deutschliberalen Fraktion des Volkstages den Eisenbahnern ihre Unterstützung zugesichert hatten, und nach einem kurzen Schlußwort des Versammlungsleiters nahmen die versammelten Eisenbahner gegen eine Stimme folgende Entschliessung an: Für die Tätigkeit der Eisenbahnbediensteten bei der polnischen Eisenbahnverwaltung im Gebiete der Freien Stadt Danzig finden insbesondere die Entscheidungen des hohen Kommissars vom 15. August und 5. September 1921 und das Beamtenabkommen vom 22. Oktober 1921 ihre Grundlage. Die polnischen Berufsorganisationen haben am 19. April 1925 in Anwesenheit der Vertreter der Staatsbahndirektion eine Entschliessung mit sieben Forderungen angenommen, die den Entscheidungen des hohen Kommissars und dem Beamtenabkommen entgegenstehen.

Die heute versammelten Danziger Eisenbahnbediensteten (Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter) der drei Danziger Eisenbahner-Organisationen (Ged.-D.G.B. und G.D.G.) erheben gegen diese widersprüchlichen Forderungen Einspruch. Sie bedauern, daß die Vertreter der Staatsbahndirektion die Mitglieder der polnischen Berufsorganisationen von dem richtigen Sachverhalte nicht unterrichtet haben, ja sie sogar bei der Durchführung ihrer Forderungen zu unterstützen beabsichtigen.

Sie sind ferner der festen Ueberzeugung, daß auch die Vertreter der polnischen Organisation alle diese Abkommen und Entscheidungen genau kennen und trotz besseren Wissens diese Forderungen aufstellt haben.

Die Danziger Eisenbahnbediensteten haben bisher in sonalster Weise die ihnen auferlegten Pflichten erfüllt, was ihnen auch von höchster Stelle, dem Eisenbahnministerium in Warschau, bestätigt worden ist. Sie verlangen daher, daß auch die polnischen Berufsorganisationen angewiesen werden, sich in sonalster Weise den Danziger Eisenbahnern gegenüber zu verhalten.

Die Versammelten verlangen daher von der Regierung der Freien Stadt Danzig und der polnischen Regierung, daß die Bestimmungen und Entscheidungen des Oberkommissars in allen ihren Punkten ohne Schwächung der Danziger Eisenbahner und ihres Nachwuchses durchgesetzt werden.

Vom polnischen Generalkommissariat und der Staatsbahndirektion verlangen sie, daß sie den sieben Forderungen der polnischen Berufsorganisationen entgegenzutreten und dies mit Rücksicht auf die Bekanntgabe in der Presse öffentlich zum Ausdruck bringen. Für die Zukunft müßten sie solche Forderungen unter allen Umständen verhindern.

Vom Danziger Delegierten, der nach den Entscheidungen des hohen Kommissars die Interessen der Danziger Berufsorganisationen, auch die der Eisenbahnbediensteten, wahrzunehmen hat, verlangen wir, daß er mehr wie bisher von seinem ihm durch die Entscheidung des Oberkommissars vom 5. September 1921 erteilten Fichte Gebrauch macht.

Sie verlangen ferner, daß die polnischen Berufsorganisationen, die Wirtschaftsorganisationen sind und auch sein sollen, sich in Zukunft jeder Politik gegen Danzig enthalten, andernfalls wir vom Senat ihre sofortige Auflösung verlangen.

Label hat man abgenommen und die hohen Eisenbahnermatten ausgegraben und fortgeschafft. Nur auf den Höhen jenseits des Schiditzbals hat man sie belassen. Eine neue Antriebsleitung wird nun von der Trennstelle aus voranschreitend über Stolzenberg zum Petershäger Tor und an dem Wall entlang zum Mühlstein-Elektrizitätswerk gebaut. Da das neue Schalthaus des Elektrizitätswerkes nahezu fertig ist, kann man mit dem Einbau der Kabel beginnen. Ferner werden von Bölkau bzw. Bankau neue Leitkabel nach Kahlbude gelegt werden müssen.

Wem gehört das Werftspeisehaus?

Die ehemaligen kaiserlichen Marinebetriebe unterstellten sogenannte Wohlfahrtsvereine, die die Aufgabe hatten, gegen wirtschaftliche Angelegenheiten der Betriebsangehörigen fürsorglich zu arbeiten. Diese Wohlfahrtsvereine waren u. a. auch Verwalter der Werftspeisehäuser, die aus den Strafgeldern und etatsmäßigen „sonstigen“ Mitteln des Marineministeriums im Laufe der Jahre erbaut worden sind.

Ein solches Werftspeisehaus besteht auch noch in Danzig. Der Wohlfahrtsverein verfiel der Gnade Koës, d. h. der Verein wurde dem Namen nach aufgelöst, die Lagerbestände veräußert, die Geschäftsbücher, Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten geschlossen. Was mit der Masse des Wohlfahrtsvereins geschehen ist, weiß die Öffentlichkeit nicht. Der nicht mehr bestehende Wohlfahrtsverein erbaut auch in der Inflationzeit einige Häuser. Wer der Besitzer auch dieser Objekte ist, ist ebenfalls unbekannt.

Bekannt ist nur, daß das Werftspeisehaus „annektiert“ worden ist durch die jetzige Firma The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd. Die Direktion der Werft hat das Werftspeisehaus von dem übrigen Werftgelände abgetrennt und verpachtet, ohne dazu berechtigt zu sein, denn, wie schon gesagt, gehört das Werftspeisehaus nicht zum ehemaligen kaiserlichen Reichs- und Staatsbesitz, sondern dem privaten Wohlfahrtsverein der ehemaligen Marinebetriebe. Demnach war es auch gemäß Artikel 104 des Friedensvertrages durch die internationalisierte Verteilungskommission nicht zu verteilen und ist auch nicht verteilt.

Die Arbeiter und Angehörigen haben bekanntlich das offenkundige Recht, auf das Werftspeisehaus, weil es in ihren Geldern und z. für die zur Unterhaltung ihrer Lebenslage errichtet ist.

Es wird in Formo das fremde Gut dem Eigentümer anshändigen?

Spanische Arbeiterzimmer für Siedlungsarbeiter. Sie sind die Leitung der Anstellung von und beim mittelt sollen im Resthause „B“ im oberen Saal spanische Arbeiterzimmer für Siedlungsarbeiter zur Anstellung gelangen. Auch hier soll ganz streng die Tendenz verfolgt werden: einfach, billig und geschmackvoll. Jeder Raum ist 16 Quadratmeter groß und paßt sich somit an die in den Siedlungsbüroen anzutreffenden Wohnräume der Größe nach an. Die zwanzig

Musterzimmer werden von hiesigen einidkäischen Firmen ausgestellt.

Abenteuerlicher Spiritus schmuggel.

Der Tischlermeister Bernhard Altsch in Danzig hatte sich vor der Vernehmungskammer wegen Falschunterzeichnung zu verantworten. Der Angeklagte kaufte in Deutschland einen Motorboot und brachte ihn nach Danzig. Das Schiff war neu und wurde von dem Kapitän Engler geführt. Der Kapitän kam mit dem Schiff abends 10 Uhr in Danzig, warf im Hafenkanal an und veruchte heimlich und unerkannt einzufahren. Am Morgen wurde das Schiff von einem Zollbeamten angerufen, doch erst mit viel Mühe gelang es, den Kapitän zu veranlassen, anzuhalten. Die Maschinen waren abgehoppelt und es brannten keine Leichter. Der Kapitän erklärte, daß das Schiff sich nur auf einer Verhüllungsreise befinde und den Hafen binnen 7 Tagen wieder verlassen werde. Das Schiff habe keine Ladung an Bord. Die Durchsuchung ergab, daß das Schiff neu und leer war. Das Schiff blieb aber länger im Hafen und fuhr schließlich mit Spiritus hinaus. Die Ladung war dazu bestimmt, nach Schweden eingeschmuggelt zu werden. Die Abgabe des Spiritus sollte auf offener See erfolgen. Auf schwedischer Seite wurde aber die Schmuggelabsicht erkannt und das Schmuggelschiff wurde beschlagnahmt. Altsch war also sein Schiff und die Ladung los. Inzwischen wurde in Danzig bekannt, daß man bereits hier unredlich vorgegangen war. Das Schiff wurde in Danzig in die Schiffsliste eingetragen und erhielt den Namen „Deini“. Es war nun also in Danzig heimlich und auf den Namen „Esdorpi“ eingetragen. Es ergab sich daraus folgendes: Das Schiff war neu, also als Ware, in den Freistaat eingeführt worden. Dabei unterlag es dem Einfuhrzoll. Es wurde aber zur Verzollung nicht angemeldet. Es lag also eine Falschunterzeichnung vor. Das Schöffengericht hatte der Angeklagten freigesprochen. Die Vernehmungskammer aber hob dies Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 Gulden. Ferner ist der Gegenstand zu beschlagnahmen, der der Verzollung entgegen worden ist. In diesem Falle war es ein ganzes Schiff. Da es aber beschlagnahmt ist und sich in Schweden befindet, wurde der Angeklagte zu einem Wertersatz von 5720 Gulden verurteilt. Die Bilanz dieses Spiritus schmuggels ist also sehr ungünstig verlaufen. Schiff, Ladung und Schiffspreis gingen verloren. Einnahme = Null.

Unser Wetterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig. Dienstag, den 5. Mai 1925.

Vorhersage: Zunächst noch heiter, langsam zunehmende Bewölkung, nachfolgend trübe, später regnerisch. Schwache Ost- bis Südostwinde, etwas wärmer. Maximum: 14,4; Minimum: 3,8.

Am 20. Oktober 1922 wurde Felix Fehrenbach vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Saal des Sauffes ist reiche Menschenliebe entpflanzend. Felix Fehrenbach schenkt seinen Zuchthausgenossen her- aus ein Buch des tarifrätigen Denken und Handelns aller menschlich fühlenden Zeitgenossen zur Erleichterung des Jam- mervollen Körpers und Seele mordenden Fesses der Zuchthaus- gefangenen förmlich entbinden muß.

In diesen Käfig können Strafgefangene, die sich grob gegen die Hausordnung verhalten haben, in Arrest setzen werden. Und Arrest bei Brot und Brot kann bis zu sechs Wochen verhängt und mit Entzug des Tageslohns und des Nachmittags verhängt werden.

Zum anrüchelnden Ankläger menschlicher Verzerrungs- kraft und stülpender Blindheit und Taubheit wird Fehrenbach in dem Kapitel: Die Himmelblauen, die Lebenslügen, über die sich die Straftat unendlich wie das Himmelblau un- merklich weit ausdehnt.

Das vorzüglich ansatzfeste Buch ist auf kostbarem Papier gedruckt und in Ganzleinen gebunden.

Abkaffung von Ellis Island.

Untersuchung der Einwanderer in den europäischen Gassen.

Der amerikanische Arbeitsminister Davis erwägt den Plan, die Einwanderungsstation im New Yorker Hafen, die berühmte Station auf Ellis Island, abzuschaffen.

Der Betrieb der verschiedenen Einwanderungsinstitutionen in den amerikanischen Gassen und Grenzorten ist: jetzt jährlich ungefähr zwei Millionen Dollar. Dieser Betrag wird jedoch reichlich eingebracht, und zwar durch die Ein- wanderer selbst, die, bevor sie in die Vereinigten Staaten gelangen, ein Kopfgeld von zehn Dollar bezahlen müssen.

Vor nun bald drei Monaten ließ Polen in der Freien Stadt Danzig polnische Briefkästen anbringen und eröffnete damit Feindseligkeiten, die zu langwierigen Verhandlungen führten, welche bis zur Stunde noch kein für Danzig befriedigendes Ergebnis gezeitigt haben.

Postfreiheiten mit Kurbrandenburg

gehabt. Der Große Kurfürst erstrebte die Herstellung einer durchgehenden und gesicherten Postverbindung zwischen dem nördlichen Ost- und Westen seines Landes, also zwischen Memel und Cleve.

Die Umwandlung der städtischen Posten Königsberg-Pillau-Danzig gelang bereits im Jahre 1646 ohne nennens- werte Schwierigkeiten. Gleichzeitig erfolgte die Verknüpfung des Kurtes von Königsberg bis Memel.

Danziger Postlager in Königsberg

einrichten zu dürfen, kam es zu den ersten Unstimmigkeiten. Der Danziger Rat ließ sich zwar zunächst abweisen, erhob seine Forderung infolge Drängens der Kaufmannschaft aber bald von neuem.

Danziger Postmeister verhaftet

und fing auch die Danziger Postkutsche ab, die heimlich Briefe nach Königsberg zu bringen versuchte. Hierdurch wurden die Pläne des Großen Kurfürsten zunächst sehr störend beeinflusst.

1648 gelangte Brandenburg durch den Westfälischen Frieden in den Besitz von Westpreußen. Seine Macht vergrößerte sich dadurch erheblich und so ging es abermals aus Werk, um die geplante Postverbindung herzustellen.

Danziger Stadtpostmeister für das kurfürstliche Interesse mitverhaftet

wurde. Einige Jahre später hob der Kurfürst den Danzig-Königsberger Postkurs auf und erließ den Danziger Rat um Aufhebung der Postpost durch Westpreußen; er wollte selbst Posten einrichten.

über Elbing, Marienburg, Dirschau, Stolp, Schlawe, Köslin, Mangard nach Stargard.

Danzig wurde somit umgangen

und vom Postverlehr völlig abgeschnitten; denn den Danziger Postkutschen wurde das Betreten des hinterpommerschen Gebiets nicht gestattet. So konnte Danzig nicht umhin, dem Großen Kurfürsten in einem Berrage vom 12./26. Juni 1651 die Errichtung eines Postamts in Danzig und die Beibehaltung der Posten durch Danziger Gebiet zu gestatten.

Polen unterdrückte Danzig nicht,

wie man es wohl annehmen möchte, sondern bemühte die Freilichkeit von Danzig, um selbst ein einträgliches Geschäft zu machen. Polen nahm die Postverbindung von Danzig für sich in Anspruch und ließ die Streitigkeiten mit Branden- burg fort.

polnische Post von Danzig nach Stettin

ein. — Als nun hierbei die polnischen Postkutsche, die vielfach in Verkleidung und mit Schickswaffen versehen ritten, brandenburgisches Gebiet durchritten und dort Briefe einsammel- ten und verteilten, ließ der Große Kurfürst sie verhaften und nach der Festung Kolbark bringen, wo sie in Lamee blieben, bis das Winterquartier Porto gezahlt war.

Während die schwedische Regierung in Stettin dem Großen Kurfürsten ursprünglich größtes Entgegenkommen bewiesen hatte, stellte sie sich in diesem Poststreit auf die Seite Polens. Sie protestierte gegen das Vorgehen des Kurfürsten und versuchte nun ihrerseits, eine Postverbindung mit Danzig aufrechtzuerhalten.

Nach längerem Hin und Her sah die polnische Regierung aber schließlich ein, daß der Kurfürst rechtmäÙig, die Gratta aber nur als Zwangsmittel und Posten behandelt hatte. De Gratta wurde seines Amtes entsetzt und danach im Jahre 1661 zwischen Polen und Brandenburg eine Einigung herbei geführt.

So war dem Großen Kurfürsten denn endlich gelungen, eine sichere Postverbindung von Memel bis Stettin herzu- stellen und fremde Einflüsse auszuscheiden. Von Stettin bestand eine regelmäßige Verbindung nach Berlin und von hier über Magdeburg und Naumburg bis Cleve. Damit war das seitliche Ziel erreicht. Danzig aber, das ein eigenes Postamt in Königsberg errichtet hatte, verlor infolge seiner politischen Schwäche die Postfreiheit im eigenen Lande.

Tragikomische Geschichte eines päpstlichen Ordens.

Der päpstliche Kunzjus Lorenz Schioppa in Budapest, der sich jetzt einiger Zeit auf Urlaub befindet, wurde unerwartet nach dem Haag verlegt.

Diese Aenderung in der Budapestener päpstlichen Vertretung hat eine interessante Vorgeschichte. Kunzjus Schioppa spielte sowohl im politischen, wie auch im gesellschaftlichen Leben der ungarischen Hauptstadt eine große Rolle. Das er seinen Posten so plötzlich verlassen mußte, soll nach dem Blatte „A Reggel“ auf eine peinliche Affäre zurückzuführen sein.

Um ihn tragen zu können mußte aber die Erlaubnis des Reichsverwesers eingeholt werden. Kiemer ver- fertigte auch das diesbezügliche Gesuch und reichte es in der Kabinettskanzlei des Reichsverwesers ein. Bevor es jedoch zur Unterfertigung vorgelegt worden war, ging es zur Begut- achtung an das Ministerium des Innern und von dort zur Polizei.

Für 150 000 Dollar Whisky beschlagnahmt. Aus Newport wird gemeldet, daß der französische Schoner „Roussier“ mit einer Whiskyladung im Werte von ungefähr 150 000 Dollar

innerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer beschlagnahmt wurde.

Ein vierzehnjähriger Teufelskerl.

Aus dem kleinen Städtchen Strahlen in Preussisch-Schle- sien kommt die Kunde von den Bravourstücken eines vier- zehnjährigen Nürtingerjünglings, die an Tollkühnheit und Wagemut mancher Nürtinger nicht nachstehen. Der kleine Drache aus Töppendorf ist, obwohl er erst vierzehn Jahre zählt, ein wilder und gefährlicher Bursche. Seine Gaunereien und Gewalttaten haben ihn in Kürfürstentum gebracht, aber ihn können weder Gefängnisstrafen noch Anstalts- mauern von der Freiheit abtrennen.

Die Höflichkeit ist eine Tugend, der man nachsagt, daß sie in unjüngeren Tagen immer seltener wird. Umso mehr freut sich bei der Reichspräsidentenwahl ein Wahlverweigerer, als gleich einer der ersten Wähler, die in der Nähe an seinem Tisch traten, mit vernünftiger Stimme „Morgen“ sagte. „Morgen“, erwiderte der Wahlleiter freundlich. „Morgen“, sagte der Fremde noch einmal. Ah, damit der Wahlver- weigerer, vielleicht ist er überhaupt nicht und hält mich für unföh- lich. Drum ließ er seine Stimme anhören: „Morgen.“ „Morgen“, hallte das Echo. Dem Beamten wurde unheim- lich. Sollte etwa ein Verrieneriger... „Morgen“, sagte de der Mann zum vierten Male. Der Beamte sagte sich: „Sagen Sie erst mal Ihren Namen“, forderte er energisch. „Ja, der sage ich doch schon dazwischen“, kam es in friedlichem Ton zurück. „Ich heiÙe dem Morgen.“

Danziger Nachrichten

Nie wieder Nachtarbeit im Bäckergewerbe!

In zwei gut besuchten Versammlungen im Restaurant „Zum Dyprenken“ und in der Gewerbehalle, Schiffelbaum Nr. 62, beschäftigten sich die Arbeitnehmer des Bäckerei- und Konditorengewerbes mit der Frage „Nacht- und Sonntagsarbeit“. Geladen waren auch die Führung und Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes. Der Einladung wurde jedoch nicht Folge geleistet. Der Referent in den Versammlungen, Bezirksleiter Hoffe, Breslau, schilderte die früher in diesen Gewerben übliche Nacht- und Sonntagsarbeit mit ihren für die Beschäftigten unheilvollen Schäden in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht, führte die daraus geborenen Unannehmlichkeiten und Krankheiten und die Gefahren, die aus ihr für die Konsumenten entspringen, an. Er zeigte weiter, welchen Kampf um die Beseitigung dieser Mißstände die Organisation geführt hat, und wie durch die am 3. 1. 1915 erlassene Verordnung eine Besserung herbeigeführt wurde. Die später vom Rat der Volkswirtschaftler erlassene Verordnung machte aus dem nur für die Kriegszeit bestimmten Verbot, ein dauerndes. Geachtet sei das Verbot jedoch erst dann, wenn die Nacht- und Sonntagsarbeit für alle Länder verboten werde und die Reaktionen ernstlich gewillt seien, für seine Durchführung zu sorgen. Au das Internationale Arbeitsamt wurden Anträge von der internationalen Vereinigung der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter gestellt, nach welcher eine generelle Regelung für alle Länder erstrebt werden sollte. Die 6. internationale Arbeitskonferenz hat einen Uebereinkommensentwurf fertiggestellt, der dem Wunsch der Arbeitnehmer insofern Rechnung trägt, daß er während 7 statt 8 Nachtstunden jede Arbeit in Bäckereien und Konditoreien verbietet. Auf der 7. internationalen Arbeitskonferenz steht das Uebereinkommen in zweiter Lesung auf der Tagesordnung. Von seiten vieler Arbeitgeberorganisationen sind Verschlechterungsanträge gestellt, die die Gefahr der Nachtarbeit und damit zugleich die Sonntagsarbeit für die Konditoren heraufbeschwören. Es gilt, jetzt durch die Demonstrationen der Arbeiter die Regierungen auf die Stimmung in Arbeitnehmerkreisen aufmerksam zu machen, und zu fordern, daß die Anträge der Arbeitgeber abgelehnt werden. Um sicher zu gehen, sei es jedoch notwendig, sich mit feiner Organisation im Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband zusammenzuschließen, um eventuelle Verschlechterungen durch den Kampf zu befechtigen bzw. ihnen entgegenzutreten zu können. Die Diskussion ergab volle Uebereinstimmung mit dem Gedankengang des Referenten. Einmütig wurde in beiden Versammlungen die nachfolgende Entschließung angenommen:

Die am 29. und 30. 4. 25 im Restaurant „Zum Dyprenken“ und in der Gewerbehalle tagenden öffentlichen Versammlungen der Bäckerei- und Konditorgewerkschaften nehmen Kenntnis von den Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes, das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in allen ihm angeschlossenen Ländern einheitlich zu regeln. Die Versammlungen werden diese Bestrebungen in jeder Hinsicht nach besten Kräften unterstützen.

Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß, obwohl allgemein die Schädlichkeit der Nachtarbeit in den

Bäckereien für die Berufsgenossen bekannt ist und für die Konsumenten große Gefahren in hygienischer und sanitärer Hinsicht in sich birgt, einige Länderregierungen auf Verlangen rücksichtiger Unternehmer hin große Verschlechterungsanträge an die 7. Arbeitskonferenz stellten. Die Annahme dieser Anträge wäre gleichbedeutend mit der Wiedereinführung der Nachtarbeit und all der schauerhaften Zustände wie sie vor deren Beseitigung bestanden. Die Versammlungen erheben gegen diese Veruche den schärfsten Protest und erwarten von der Arbeitskonferenz, daß sie die Anträge einmütig ablehnt.

Von der Regierung verlangen die Bäckerei- und Konditorgewerkschaften, unbekümmert des Ausgangs der internationalen Regelung, in Danzig die geltende Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien unverändert bestehen bleibt und endlich gegen die Sabotage der Verordnung mit schärferen Strafbestimmungen, in Wiederholungsfällen mit Geschäftsinterdikt, vorgegangen wird. Die Forderungen der Unternehmer auf Zulassung eines früheren Arbeitsbeginnes als 6 Uhr morgens in den Bäckereien oder der Sonntagsarbeit in den Konditoreien, sind von den Behörden abzulehnen, weil sie geeignet sind, die Verordnung zu durchlöchern und schließlich ganz zu Fall zu bringen. Die hohe kulturelle, sittliche und brotliche Bedeutung der Frage muß es den amtlichen Stellen, die berufen sind, über das Wohl der Gesamtbevölkerung zu wachen, zur Pflicht machen, diesen besonderen Arbeiter- und Konsumentenwünschen voll aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen.

An die Konsumenten richten die Versammlungen den Appell, die Bäckerei- und Konditoreiarbeiter in ihren Bestrebungen weitestgehend zu unterstützen. Nahrungs- und Genussmittel sind Vertrauensartikel, und es soll und kann den Konsumenten nicht einerlei sein, unter welchen Umständen diese Erzeugnisse hergestellt werden.

Mietbeihilfen in Oliva.

Mietbeihilfen in Oliva sind auf Antrag den Ortsarmen, kriegsbeschädigten, Arbeitern der ehemaligen Reichs- und Staatsbetriebe, Kleinrentnern, Arbeitslosen, ferner verheirateten Personen mit 1 Kind bei monatlichem Einkommen unter 100 Gulden, mit 2 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 125 Gulden, mit 3 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 150 Gulden mit 4 Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 175 Gulden, mit 5 und mehr Kindern bei einem monatlichen Einkommen unter 200 Gulden.

Antragsformulare zu Mietbeihilfen werden in der Zeit von 9 bis 12 Uhr im Sitzungszimmer des Rathhauses (1 Tr.) ausgegeben.

Die ausgefüllten Anträge sind von den Antragstellern persönlich im Sitzungszimmer des Rathhauses abzugeben, und zwar für die Buchstaben A, B, C, D, E am Donnerstag, den 7. Mai von 9 bis 1 Uhr, F, G, H, I am Freitag, den 8. Mai, von 9 bis 1 Uhr, J, K am Sonnabend, den 9. Mai, von 9 bis 12 Uhr, L, M, N, O, P am Montag, den 11. Mai, von 9 bis 1 Uhr, Q, R, S, T am Dienstag, den 12. Mai, von 9 bis 1 Uhr, U, V, W, X am Mittwoch, den 13. Mai, von 9 bis 1 Uhr. Vorzulegen ist dabei die Mietminderung für März und April d. J. (Mietminderungsbuch), der alte Ausweis über evtl. bereits gezahlte Mietbeihilfe, Rentenbescheide, Steuerbuch und sonstige zweckdienliche Unterlagen.

Erwerbslose erhalten die Mietbeihilfe durch Vermittlung der Erwerbslosenfürsorge, die deshalb noch besondere Bekanntmachung darüß Ausbhang in der Kontrollstelle erläßt.

Die Elektrizitätsversorgung der Landgemeinden.

Die Verwaltung der Hebertlandzentrale Straßburg-Prangshain beabsichtigt im laufenden Geschäftsjahre eine Elektrizitätsverbindung zu den noch nicht in das Elektrizitätsnetz einbezogenen Landgemeinden herzustellen. Zu diesem Zwecke hat die Verwaltung einen Betrag von 250 000 Gulden in den Haushaltsvoranschlag der Zentrale für das laufende Jahr einstellt. Da aber nach einer aus der Kriegszeit stammenden Verordnung die Landgemeinden zu den für die Herstellung von Elektrizitätsverbindungen auszuwendenden Kosten 2/3 aus eigenen Mitteln beitragen müssen und die Landgemeinden jetzt außerstande sind, diese Kosten aufzubringen, wird es zunächst notwendig sein, die bezeichnete Verordnung außer Kraft zu setzen. Ein diesbezüglicher Beschluß soll in der nächsten Sitzung des Kreisrates Danziger Höhe gefaßt werden.

Oliva. Eine Gemeindevertreterversammlung findet am Donnerstag, den 7. Mai d. J., nachmittags 6 Uhr, im Rathhaus statt. Die Tagesordnung lautet: Einführung eines Gemeindevorstehers; Wahl eines Wohlfahrtspflegers für den Bezirk 7 (Niederfeld, Winterweid); Erlass einer Polizeiverordnung über die Lagerung von Spiritus; Bewilligung von Mitteln zur Erneuerung des Fußbodens in der Sporthalle; Durchführung des Gebotes zur Bekämpfung der Wohnungsnot vom 27. 3. 25; Ausschluß an das Danziger Abwässerkanalnetz; Antrag des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose auf Beitritt der Gemeinde Oliva.

Oliva. Eine Sitzung der Gemeindevertretung findet am Mittwoch, den 6. Mai 1925, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt. Ihre heutige Tagesordnung vor: Genehmigung eines mit der Berufsvereinigung Danziger Ärzte abzuschließenden Vertrages; Beschlußfassung über eine Gebührenordnung für die Benutzung des Gemeinde-Wohnungsnachweises; Auflassung von Straßengelände; Gewährung einer Beihilfe an die „Olivaer Zeitung“ zur Herausgabe eines Adressbuches; Gewährung einer Beihilfe an die Danziger Verkehrs-Zentrale. In der geheimen Sitzung kommen Personal- und Fachangelegenheiten zur Erledigung.

Pissa. Die Mitglieder des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei fand am Sonnabend im Lokale von Neumann statt. Die Festrede hielt Gen. Karshewski. Nach Würdigung der geschichtlichen Bedeutung des 1. Mai als Weltkriegerias wies er auf die jetzige Bauverderberung für den 1. Mai hin. Krieg dem Kriege ist der Schrei, welcher in allen Ländern der Welt erschallen muß. 11 Millionen Tote hat der letzte Krieg dahingerafft, daran war Deutschland mit 1 808 555 beteiligt. Die kapitalistischen Kreise sind wieder bereit, die Völker in kriegerische Verwicklungen hineinzubringen. Mit dem Gelübnis der Treue zur Sozialdemokratie wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Verantwortlich für Politik: Einig Pook für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Franz Adomat, für Amateure Anton Kooken sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gebel & Co. Danzig.

Freymann'sche Wochensche Reklame

mit der sensationellen Kaufgelegenheit in allen Abteilungen. Das Hervorragendste, was seit langem geboten worden ist. Heute steffen wir, außer den unzähligen andern Artikeln, zum Verkauf:

- ### Damenputz
- Bäckerschhüte schön mod. Farb. Fant. 675
 - Stroh-ess. m. Bandgarnit., 8 50
 - Bäckerschhüte nette Sportform., mod. Farb., m. R. Spand garn., 14 50
 - Damenhüte jug. Form., aus festem Stroh geflecht, hübsch garn., 16 50
 - Damenhüte modern, kleids Form., m. fesch. Band- od. Blumengarnit., 18 50
 - Damenhüte mod. Formen u. Farb., el. garn., aus echtem Stroheflecht, 22 50
 - Damenhüte el. Modeform. m. mod. garn., in schönen Farben . . . 24 50

Bett- und Tischwäsche

Kissenbezüge 65 x 80 aus Speziallinon	3 65	Bettbezüge 135 x 200 aus unserm Speziallinon	12 90
Kissenbezüge 65 x 80 aus Damast	4 25	Bettbezüge 161 x 209 aus unserm Speziallinon	18 50
Kissenbezüge 65 x 80 hübsche Stückereigarn. 5.25	4 85	Bettbezüge 135 x 200 aus kräftigem Damast	15 90
Bettlaken 140 x 200 aus starkem Liron	5 90	Servietten 55 x 55 Damast, Blumenmuster	0 95
Bettlaken 140 x 200 bewaschen, gebrauchsfertig	6 75	Servietten Reinleinen, gebleicht, 60 x 60	1 95
		Tischtücher 125 x 150 ungeklärt, Halbleinen	9 85
		Tischtücher 140 x 151 Reinleinen, gebleicht	13 50

- ### Handarbeiten
- Nachtischdecken aufgez. zeichn. 85 P
 - Nachtischdecken auf weißem Stoff, mit Einsatz und Spitze garniert 1 25
 - Kissen aufgez. i. Ausschnitt u. Lodstick, a. weiß. Stoff 1 75
 - Küch.-Handt. aufgez. creme Ness, rot und blau bes. 0 45
 - Kissen aufgez. auf gutem schwarzen Rips 2 95
 - Mitteldeck. weiß, m. Eins. u. Sp. garn., ca. 60 cm gr. 2 40
 - Läufer dazu passend 3 10
 - Mitteldeck. weiß m. Eins. u. Sp. garn., ca. 75 cm gr. 3 90

- ### Lederwaren
- Portemonnaies echt Leder für Herren und Damen 3 25, 2 95
 - Damenbesuchstaschen imitiert Lackleder 1 10
 - Damenbesuchstaschen imitiert Lackleder, größere Formen mit Spiegel 2 95
 - Damenbesuchstaschen echt Leder, Crocogarnit. 5 75
 - Kofferbügeltaschen aus prima Kalblackleder 1a Verarbeitung mit Spiegel 24 cm 22 50, 22 cm 19 75
 - Rucksäcke a. fest. Segelleinen 27,5, 37,5, 47,5 1 70
 - Isolierflaschen mit Aluminium Trinkbecher 1 25
 - Frühstückstaschen aus festem Wachstuch gearbeitet 1 75
 - Frühstückstaschen aus festem Wachstuch gearbeitet, mit Griff 2 95

- ### Seidenbänder
- #### Taffetband gute Qualität, in reicher Farbenswahl und allen Breiten
- | | | | | | |
|--------|-------|------|------|-------|----|
| Breite | 2 1/2 | 4 | 5 | 7 1/2 | cm |
| Preis | 0 45 | 0 70 | 0 90 | 1 25 | |
| Breite | 9 | 11 | 13 | 15 | cm |
| Preis | 1 50 | 1 70 | 2 10 | 2 45 | |
- #### Wäscheband Kunstseide, besonders feste Qualität
- | | | | |
|--------|------|------|----|
| Breite | 3 | 5 | cm |
| Preis | 0 30 | 0 50 | |
- Fertige Achselbänder zum Knöpfen, ca. 40 cm lang, aus Kunstseide 1 25
 - Fertige Achselbänder zum Knöpfen, ca. 40 cm lang, aus reiner Seide 1 50

- ### Bijouterien
- Zigarettenetuis für Damen und Herren, schöne Ausführungen 4 95, 4 50, 3 75, 2 95
 - Zigarettenspitzen mit Bernstein, 1.10, 0.75, 0.60, 45 P
 - Edelbeinanhänger neue mod. Motive, 1.50, 1.25, 95 P
 - Edelbeinketten in div. Längen, 5.95, 4.50, 3.50, 2 95
 - Taschenbügel neue aparte Master, zur Selbstanfertigung 2 75, 2 50, 1 95, 1 75
 - Wachsperrketten in diversen Längen 2.45, 1.45, 1.25, 0.75, 68 P
 - Haargarnituren Kamm u. Spange mit 950-Silber-Auflage, aparte Neuheit 3 95
 - Neuheit moderne Kämme u. Spang mit Simulstein, 3 25, 2 75
 - Große Auswahl in modern. Spannen u. Kämmen

